

Haushaltssicherungskonzept 2007

Stand: 01.03.2007



Haushaltssicherungskonzept 2007

Inhalt

| | Seite |
|---|-------|
| I. Vorbemerkung | 2 |
| II. Ziele der Fortschreibung des HSK | 9 |
| II.1 Ausgleich des Verwaltungshaushaltes und Vermeidung neuer Haushaltsfehlbeträge | 9 |
| II.2 Maßnahmebezogene Darstellung | 10 |
| II.3 Konsolidierung des Vermögenshaushaltes | 10 |
| II.4 Gewährleistung der Bewirtschaftungskompetenzen im Rahmen der Budgetierung | 10 |
| III. Haushaltssicherungsmaßnahmen 2007 | 11 |
| III.1 Einführung | 11 |
| III.2 Maßnahmebezogene Darstellung | 11 |
| III.3 Maßnahmen in einzelnen Budgets | 13 |
| III.4 Begleitung und Umsetzungskontrolle | 43 |
| IV. Zusammenfassung der Einspareffekte | 44 |
| V. Gegenüberstellung der Fehlbedarfe mit den Einsparvorgaben | 45 |
| VI. Ausgleich für die Wahrnehmung überregionaler Aufgaben bzw. oberzentraler Funktionen | 46 |
| VII. Abbau der Altfehlbeträge durch Verkauf städtischen Vermögens | 47 |
| VIII. Konsolidierungshinweise vom Landesrechnungshof | 48 |

Verantwortlich:
Der Oberbürgermeister
Dezernat II
Lenkungsgruppe Strategische Steuerung
Ansprechpartner: Andreas Ruhl
ARuhl@schwerin.de

Stand: 01.03.2007

I. Vorbemerkung

Gemäß § 43 Abs. 1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV) hat die Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Aufgabenerfüllung gesichert ist. Dabei besteht gemäß § 43 Abs. 2 KV die Verpflichtung, den Haushalt in jedem Jahr auszugleichen. Kann der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, hat die Gemeinde gemäß § 43 Abs. 3 KV ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen.

In dem Konzept ist darzustellen, in welchem Zeitraum mit welchen Maßnahmen der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden soll.

a) Umsetzung der Maßnahmen des vorangegangenen Haushaltssicherungskonzeptes

- Umsetzung des HSK 2005/2006

Aufgrund des in der Haushaltssatzung 2005 ausgewiesenen Gesamtfehlbedarfes von rd. 50,7 Mio. € hatte die Landeshauptstadt Schwerin gemäß § 43 Abs. 3 Kommunalverfassung das Haushaltssicherungskonzept (HSK) fortzuschreiben. Das HSK 2005/2006 wurde am 21.02.2005 von der Stadtvertretung beschlossen.

Laut Jahresrechnung 2005 fiel das Defizit um rd. 5 Mio. € geringer aus als geplant. Die Verbesserungen wurden im Wesentlichen möglich durch höhere Einnahmen bei der Gewerbesteuer, der Einkommenssteuer und den Schlüsselzuweisungen sowie die Umsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im Bereich der Personalkosten. Auch dadurch konnten gravierende Verschlechterungen hauptsächlich im Bereich der Leistungen nach SGB II kompensiert werden.

Das HSK 2005/2006 enthielt Maßnahmen mit einem finanziellen Einsparvolumen für 2005 i.H.v. 3.742.300 € und für 2006 i.H.v. 19.562.900 €. Die nachfolgende Tabelle stellt dar, in welchem Umfang die Konsolidierungsvorhaben realisiert wurden. Hieraus ist ersichtlich, dass das geplante Einsparvolumen für 2005 und 2006 nicht vollständig erbracht werden konnte.

Für 2005 lagen die Hauptursachen zum einen im Bereich der Einnahmenerzielung. Bedeutende Abweichungen gab es bei den Einnahmen aus Zweitwohnungssteuer, aus der Überschussauskehrung der SWV und aus Grundstücksverkäufen. Zum anderen befinden sich einige der ausgelagerten Prüfaufträge noch in der Umsetzungsbearbeitung. Durch gezielte Maßnahmen, vor allem in Säule B und D, ist es jedoch gelungen, die Gesamtabweichung gering zu halten.

Gravierender war die Abweichung in 2006. Ursachen sind hier vor allem Mehrausgaben gegenüber dem HSK bei den städtischen Betrieben durch Nichtrealisierung der Kürzungsvorgabe für das Staatstheater und den Sozialausgaben. Darüber hinaus konnten die geplanten Reduzierungen im Personalkostenbereich nicht so zeitnah wie ursprünglich geplant umgesetzt werden.

| | 2005 | | 2006 | |
|---------------------------------------|-------------------------|--------------------------------|-------------------------|--|
| | Soll lt. HSK in € | Rechnungs- ergebnis in € | Soll lt. HSK in € | Verbesserungen im HHPI 2006 in € |
| Säule A (Verkauf städt. Vermögens) | 300.000 | 42.934 | 600.000 | 42.934 |
| Säule B (Beteiligungsverwaltung) | 0 | 465.200 | 2.475.000 | 425.000 |
| Säule C (Sozialausgaben) | 158.200 | 233.175 | 2.364.200 | 983.200 |

| | 2005 | | 2006 | |
|---------------------------------|-------------------------|--------------------------------|-------------------------|--|
| | Soll lt. HSK in € | Rechnungs- ergebnis in € | Soll lt. HSK in € | Verbesserungen im HHPI 2006 in € |
| Säule D (Personalkosten) | 450.000 | 1.993.635 | 8.450.000 | 3.523.076 |
| Säule E (Sonstige Maßnahmen) | 2.834.100 | 497.571 | 5.673.700 | 3.198.529 |
| Summe | 3.742.300 | 3.232.515 | 19.562.900 | 8.172.739 |

- Umsetzung des HSK 2006

Das HSK 2006 wurde am 27.02.2006 von der Stadtvertretung beschlossen. Das HSK 2006 enthielt Maßnahmen mit einem finanziellen Einsparvolumen für 2006 i.H.v. 1.601.620 €

| | 2006 | | Anmerkung |
|---------------------------------------|-------------------------|--------------------------------------|--|
| | Soll lt. HSK in € | Vorl. Rechnungs- ergebnis in € | |
| Säule A (Verkauf städt. Vermögens) | 80.000 | 1.714.000 | Ziel der Maßnahmen war es, durch höhere Verkaufserlöse den Schuldendienst zu reduzieren. Mit Erlass des Innenministeriums vom 19.09.2006 können Verkaufserlöse nicht mehr für Sonder tilgungen langfristiger Kredite eingesetzt werden, sondern sind dem Verwaltungshaushalt zur Senkung des dortigen Fehlbedarfs zuzuleiten. Somit wurden alle Verkaufserlöse, die nicht zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes notwendig waren, dem Verwaltungshaushalt zugeführt. |
| Säule B (Beteiligungsverwaltung) | 34.000 | 34.000 | Die Verbesserung wurde bereits bei der Ermittlung des Zuschusses 2006 berücksichtigt und im Haushaltsplan veranschlagt. |
| Säule C (Sozialausgaben) | 360.000 | -998.080 | Nicht berücksichtigt wurde hierbei die Realisierung der Vorgabe zur Einsparung im Kitabereich (100.000 €), da hier nach wie vor Verfahren anhängig sind. |
| Säule D (Personalkosten) | 0 | 1.069.500 | Die Effekte aus dem Abschluss des Haustarifvertrages und sonstiger Maßnahmen wurden bereits im Haushaltsplan 2006 veranschlagt. Darüber hinaus wurden unterjährig die nebenstehenden |

| | 2006 | | Anmerkung |
|------------------------------|-------------------|------------------------------|---|
| | Soll lt. HSK in € | Vorl. Rechnungsergebnis in € | |
| | | | Einsparungen erzielt durch: die nicht erfolgte Besoldungsanpassung für Beamte, die Verringerung der Ausgaben durch die Einführung des TVöD, Langzeiterkrankungen ohne Lohnfortzahlung, Übergang in die Rente, Auflösung Arbeitsverträge, Beschäftigte in Elternzeit und Vakanzen. |
| Säule E (Sonstige Maßnahmen) | 1.127.620 | 980.870 | Die Einsparungen basieren zum größten Teil auf einer unterjährigen restriktiven Haushaltsführung in den einzelnen Budgets. |
| Summe | 1.601.620 | 2.800.290 | |

b) Haushaltsentwicklung im Jahr 2006

Für das Haushaltsjahr 2006 war ein Gesamtfehlbedarf i.H.v. 62,7 Mio. € geplant. Mit dem vorläufigen Rechnungsergebnis 2006 wird ein Fehlbetrag von ca. 19,8 Mio. € ausgewiesen.

Die Verbesserungen entstanden zum größten Teil durch die Auflösung der Rücklage „Verkaufserlöse Medizinisches Zentrum und Sozios“ und durch die Zuführung dieses Rücklagenbestandes und der sonstigen Verkaufserlöse zum Verwaltungshaushalt. Darüber hinaus haben Budgetunterschreitungen in den Budgets Büro OB, Hauptverwaltung, Kulturbüro, Schule, Leistungen nach Sozialhilfefinanzierungsgesetz, Leistungen nach anderen Gesetzen (Amt für Soziales und Wohnen) und Allgemeine Deckungsmittel zu diesem Ergebnis geführt. Weitere Haushaltsentlastungen konnten durch die Umsetzung von Haushaltssicherungsmaßnahmen vor allem im Bereich der Personalkosten erzielt werden.

Unterjährig wurden überplanmäßige Bedarfe in den Budgets Rettungsdienst / Leitstelle, Jugend (Stadtanteil und Ermäßigungen im Bereich Kindertagesstätten), Leistungen nach SGB II und Verkehrsmanagement (Stromkosten der Straßenbeleuchtung) kompensiert.

Im Haushaltsplan 2007 wird ein Gesamtfehlbedarf i.H.v. 61,8 Mio. € ausgewiesen. Das bedeutet gegenüber dem Plan 2006 eine Senkung des Gesamtfehlbedarfes um 0,9 Mio. €. Der jahresbezogene Fehlbedarf 2007 konnte gegenüber dem Plan 2006 um 7,7 Mio. € reduziert werden. Dieses Ergebnis konnte zum Teil dadurch erreicht werden, da im Haushaltsplan 2007 einmalige Einnahmen (Schlüsselzuweisung zur Abdeckung Altfehlbetrag 4,1 Mio. €, Zuführung zum VWH durch Entnahme aus der Rücklage Gewerbesteuer 5,0 Mio. €) enthalten sind. Das Ziel, den jahresbezogenen Fehlbedarf deutlich zu senken, konnte mithin nur bedingt erreicht werden.

Im Vergleich der Haushaltspläne 2006 und 2007 konnten die Verbesserungen (ca. 25,5 Mio. €) bei

- den Einnahmen aus Real-, Einkommens- und Umsatzsteuern i.H.v. 9,9 Mio. €
- den Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen i.H.v. 2,4 Mio. €
- den Einnahmen aus Ausgleichsleistungen vom Land i.H.v. 5,5 Mio. €
- den Einnahmen Leistungsbeteiligungen KdU i.H.v. 1,2 Mio. €
- den Einnahmen aus der Zuführung vom Vermögenshaushalt i.H.v. 6,0 Mio. €
- den Personalausgaben i.H.v. 0,5 Mio. €

die Verschlechterungen (ca. 23,7 Mio. €) bei

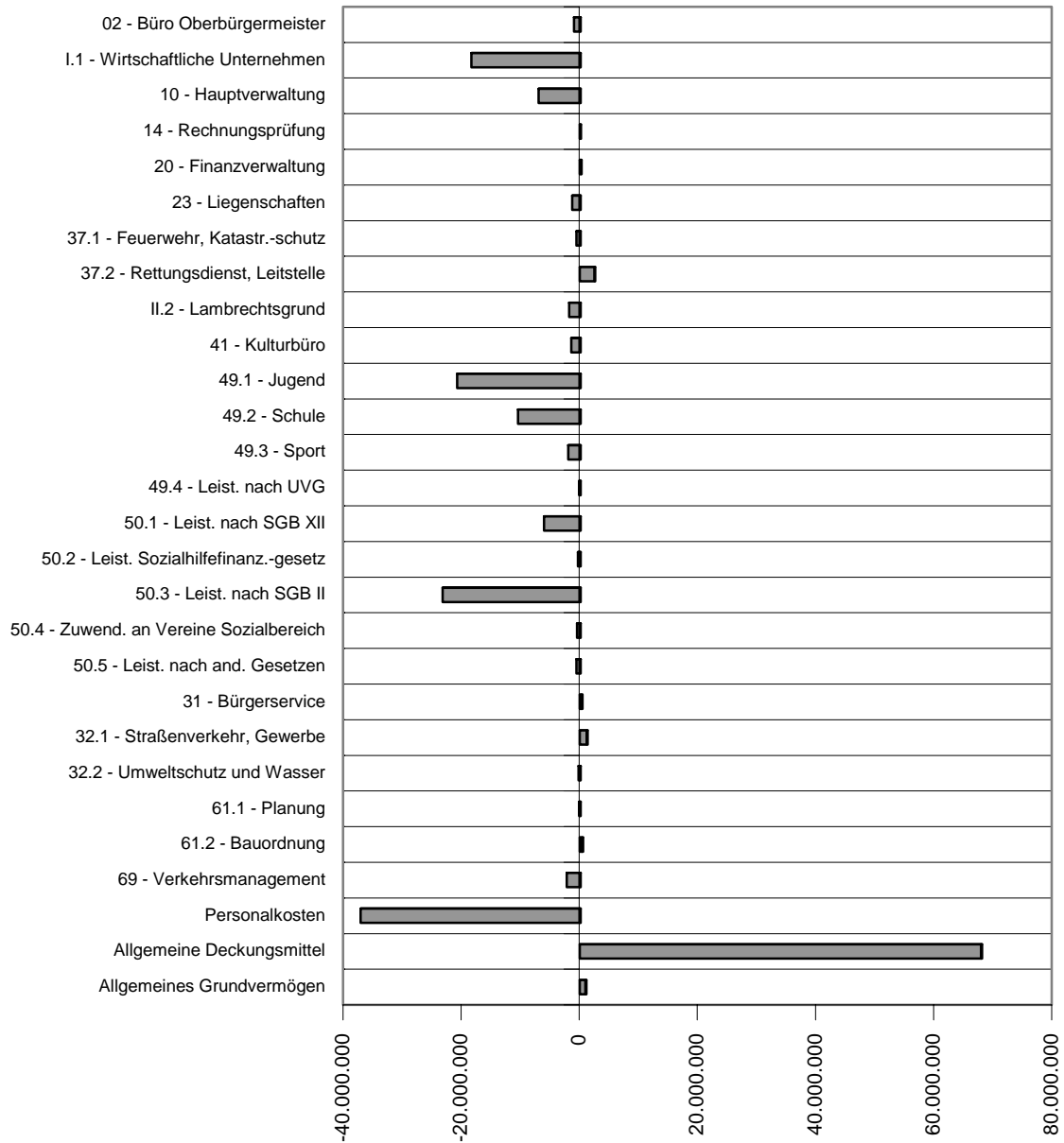
- | | |
|---|--------------------|
| • den Einnahmen aus allgemeinen FAG-Zuweisungen | i.H.v. 0,5 Mio. € |
| • den Einnahmen aus Gewinnanteilen Wirtsch. Unternehmen | i.H.v. 3,5 Mio. € |
| • den Erstattungen von Ausgaben des VWH | i.H.v. 0,5 Mio. € |
| • den Leistungen nach SGB II (KdU) | i.H.v. 5,6 Mio. € |
| • den Zuschussausreichungen | i.H.v. 0,8 Mio. € |
| • den Zinsausgaben | i.H.v. 1,2 Mio. € |
| • der Zuführung zum Vermögenshaushalt | i.H.v. 0,6 Mio. € |
| • dem Altfehlbetrag aus dem Jahr 2005 | i.H.v. 11,0 Mio. € |

auffangen, allerdings nur durch die o.g. einmaligen Einnahmen.

Diese Entwicklungen prägen erheblich die Struktur des Haushaltsplanes 2007.

Die nachfolgende Grafik stellt alle Budgets mit ihrer Wirkung (Zuschuss / Überschuss) im Gesamtbudget 2007 (Verwaltungshaushalt) dar.

Budgetverteilung 2007



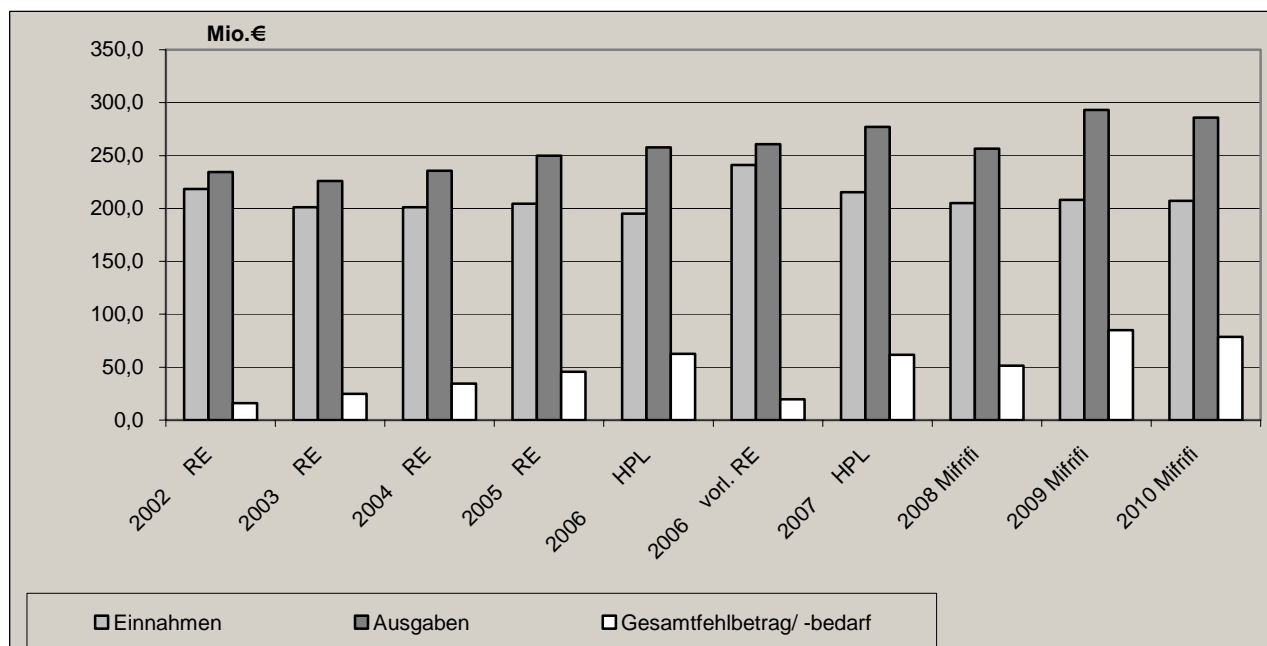
■ Zuschuss / Überschuss in €

In tabellarischer Form ergibt sich für die Budgetzuschnitte laut beschlossenen Haushaltsplan 2007 demnach die folgende Darstellung:

| Budget | Bezeichnung | Einnahmen | Ausgaben | Budget |
|-----------------------|--|--------------------|--------------------|--------------------|
| Dezernat I: | | | | |
| 02 | Büro Oberbürgermeister | 59.200 | 1.026.500 | -967.300 |
| I.1 | Wirtschaftliche Unternehmen | 16.942.400 | 35.297.200 | -18.354.800 |
| 10 | Hauptverwaltung | 985.100 | 7.982.200 | -6.997.100 |
| 14 | Rechnungsprüfung | 46.100 | 4.200 | 41.900 |
| Dezernat II: | | | | |
| 20 | Finanzverwaltung | 906.900 | 738.000 | 168.900 |
| 23 | Liegenschaften | 39.200 | 1.343.800 | -1.304.600 |
| 37.1 | Feuerwehr, Katastrophenschutz | 229.100 | 813.400 | -584.300 |
| 37.2 | Rettungsdienst, Leitstelle | 4.993.400 | 2.518.300 | 2.475.100 |
| II.2 | Lambrechtsgrund | 2.071.000 | 3.893.400 | -1.822.400 |
| Dezernat III: | | | | |
| 41 | Kulturbüro | 1.754.600 | 3.224.400 | -1.469.800 |
| 49.1 | Jugend | 6.171.700 | 26.956.000 | -20.784.300 |
| 49.2 | Schule | 4.307.900 | 14.784.700 | -10.476.800 |
| 49.3 | Sport | 311.300 | 2.278.400 | -1.967.100 |
| 49.4 | Leist. nach Unterhaltsvorschussgesetz | 1.980.900 | 2.109.900 | -129.000 |
| 50.1 | Leist. nach SGB XII soweit nicht unter Budget 50.2 | 5.272.900 | 11.343.500 | -6.070.600 |
| 50.2 | Leist. nach SGB XII im Sinne des Sozialhilfe- finanzierungsgesetzes | 16.807.300 | 17.132.600 | -325.300 |
| 50.3 | Leist. nach SGB II | 12.567.800 | 35.770.500 | -23.202.700 |
| 50.4 | Zuwendungen an Vereine im Sozialbereich | 90.800 | 581.600 | -490.800 |
| 50.5 | Leist. nach anderen Gesetzen und sonstige Kosten im Sozialbereich | 3.268.000 | 3.868.100 | -600.100 |
| Dezernat IV: | | | | |
| 31 | Bürgerservice | 772.900 | 474.300 | 298.600 |
| 32.1 | Straßenverkehr und Gewerbe | 1.931.700 | 751.500 | 1.180.200 |
| 32.2 | Umweltschutz und Wasser | 56.600 | 273.600 | -217.000 |
| 61.1 | Planung | 97.100 | 191.600 | -94.500 |
| 61.2 | Bauordnung | 674.600 | 289.600 | 385.000 |
| 69 | Verkehrsmanagement | 950.200 | 3.180.100 | -2.229.900 |
| Sonderbudgets: | | | | |
| | Personalkosten | 3.075.000 | 40.204.200 | -37.129.200 |
| | Allgemeine Deckungsmittel | 127.885.000 | 59.956.100 | 67.928.900 |
| | Allgemeines Grundvermögen | 1.142.000 | 160.400 | 981.600 |
| | Gesamtbudget | 215.390.700 | 277.148.100 | -61.757.400 |
| | Altfehlbetrag | 4.135.300 | 45.566.400 | -41.431.100 |
| | jahresbezogener FB | | | -20.326.300 |
| | Gesamtfehlbetrag | | | -61.757.400 |

Die folgenden Abbildungen zeigen die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben (jeweils in Mio. €)¹, die sich im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ohne weitere Konsolidierungsmaßnahmen ergeben würde:

| | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|-----------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|------------------|-------------------|-------------------|---------|---------|
| | RE | RE | RE | RE | HPL | vorl.RE | HPL | MifriFi | MifriFi | MifriFi |
| Einnahmen | 218,5 | 201,1 | 201,2 | 204,4 | 195,1 | 241,0 | 215,4 | 205,1 | 208,1 | 207,2 |
| Ausgaben | 234,4 | 225,9 | 235,8 | 250,0 | 257,8 | 260,8 | 277,2 | 256,5 | 293,2 | 286,0 |
| Gesamtfehlbetrag/ -bedarf | 15,9 | 24,8 | 34,6 | 45,6 | 62,7 | 19,8 | 61,8 | 51,4 | 85,1 | 78,8 |
| dav. Altfehlbetrag/ -bedarf | | | | | | | | | | |
| aus 2000 | 15,4 | | | | | | | | | |
| aus 2001 | | 1,2 | | | | | | | | |
| aus 2002 | | | 15,9 | | | | | | | |
| aus 2003 | | | | 24,8 | | | | | | |
| aus 2004 | | | | | 34,6 | 0,0 ² | | | | |
| aus 2005 | | | | | | | 41,4 ³ | | | |
| aus 2006 | | | | | | | | 19,8 | | |
| aus 2007 | | | | | | | | | 61,8 | |
| aus 2008 | | | | | | | | | | 51,4 |
| jahresbezog. Fehlbedarf | 0,5 | 23,6 | 18,7 | 20,8 | 28,1 | 19,8 | 20,4 | 31,7 ⁴ | 23,3 | 27,4 |



¹ Durch die Rundung können Differenzen gegenüber der Betrachtung der tatsächlichen Haushaltszahlen entstehen.

² Der Abbau des Altfehlbetrages aus 2004 erfolgte außerplanmäßig auf Grundlage des Erlasses des Innenministeriums vom 19.09.2006 durch die Auflösung der Rücklage Verkaufserlöse Medizinisches Zentrum und Sozios und Zuführung zum Verwaltungshaushalt.

³ Der Altfehlbetrag aus 2005 i.H.v. 45.566.400 € verringert sich durch eine zweckgebundene Schlüsselzuweisung zur Abdeckung des Altfehlbetrages i.H.v. 4.135.300 € auf 41.431.100 €

⁴ Die Verschlechterung des jahresbezogenen Fehlbedarfs 2008 ergibt sich gegenüber 2007 aus: geringeren Schlüsselzuweisungen (569.100 €), geringeren Gewinnanteilen (417.000 €), geringeren Konzessionsabgaben (257.000 €), geringeren Zuführungen vom Vermögenshaushalt (5.750.000 € u.a. durch einmalige Entnahme aus der Rücklage GewSt. in 2007), höhere Personalkosten (596.800 €), höhere Erstattungen an Dritte (660.800 €), höhere Leistungsbeteiligung KdU (1.199.900 €), höhere Zuweisungen für laufende Zwecke an öff. wirtsch. Unternehmen (1.821.000 € - BUGA), höhere Zinsausgaben (379.500 €).

II. Ziele der Fortschreibung des HSK

Die Stadt Schwerin hat aufgrund der zugespitzten Haushaltslage mit Erlass des Innenministeriums vom 19.09.2006 die Auflage erhalten, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, das die Vorgaben des § 43 Abs. 3 KV M-V einhält. Das Konzept soll Maßnahmen darstellen, die bis zum Jahr 2010 zur Wiedererreichung des Haushaltsausgleichs führen.

Der damit verbundene Ansatz konsequenter Konsolidierung wurde bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes aufgegriffen. Der eingeschlagene finanzpolitische Weg soll mit dem vorliegenden Konzept weiter verfolgt werden. Dabei ist es aus Sicht der Verwaltung prioritär, kurzfristig den jahresbezogenen Ausgleich wieder zu erlangen.

Mit dem Haushaltssicherungskonzept 2007 der Landeshauptstadt Schwerin werden mithin vorrangig folgende konkrete Ziele verfolgt:

1. Ausgleich des Verwaltungshaushaltes und Vermeidung neuer Haushaltsfehlbeträge

Trotz erheblicher Konsolidierungsbemühungen hat die Landeshauptstadt Schwerin den erforderlichen Haushaltsausgleich bislang nicht erreicht. Insbesondere die Ausgabenentwicklung im sozialen Bereich führt dazu, dass Konsolidierungserfolge durch neue Belastungen und Bedarfe aufgezehrt werden. Im Ergebnis dürfte bei einer entsprechenden Entwicklung, insbesondere bei zusätzlichen Lasten für die kommunale Ebene aus Landes- und Bundesgesetzen, auch in Schwerin ein Haushaltsausgleich nicht kurzfristig zu realisieren sein.

Ein Haushaltsausgleich ist und bleibt zwar Messlatte städtischer Konsolidierungsansätze. Realistisch ist ein solcher Ausgleich auf Basis der momentanen Entwicklung allerdings erst mittelfristig.

Vorrangiges Ziel muss vielmehr sein, das jahresbezogene Defizit sukzessive zu reduzieren.

Mithin gilt es, durch Weiterverfolgung kontinuierlicher Zweck- und Vollzugskritik, einer ständigen Ausgabendisziplin und maximaler Ausschöpfung aller Einnahmequellen strukturelle Defizite abzubauen.

Das beinhaltet zum einen, weitergehende haushaltsentlastende Effekte aus einer umfassenden Aufgabenkritik bzw. einer Geschäftsprozessoptimierung in Verbindung mit einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung zu eruieren und zu realisieren.

Dabei kommt der Implementierung einer wesentlich effektiveren finanzwirtschaftlichen Steuerung ein besonderer Stellenwert zu. Mit der flächendeckenden Budgetierung, die im Haushaltsjahr 2005 eingeführt wurde, ist bereits ein erster Schritt zur Einführung eines Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) vollzogen worden. Ziel des NKHR ist es, - vorbehaltlich entsprechender aufsichtsbehördlicher Genehmigungen - ab dem Haushaltsjahr 2008 einen doppischen Produkthaushalt als Grundlage kommunalen Wirtschaftens vorzulegen. Teile dieses Projekts sind auch die Produktbildung und die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), durch die weitere Einsparpotenziale sichtbar gemacht werden sollen.

Zum anderen gilt es in den kommenden Jahren Handlungsoptionen zu prüfen und ggf. zu realisieren, die sich aus der Entlastung von Aufgaben und Funktionen als Oberzentrum im Rahmen der Umsetzung des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes ergeben könnten. Verbunden werden sollen derartige Ansätze mit Initiativen zur Neugestaltung der Struktur der Finanzaufweisungen bzw. einer modifizierten Belastungsverteilung in Bezug auf die Wahrnehmung überregionaler Aufgaben und oberzentraler Funktionen auch unabhängig von dem vorgenannten Reformvorhaben.

Doch auch die vorgenannten Ansätze werden allein keine Gewähr für einen erfolgreichen Konsolidierungsweg bieten, zumal die Notwendigkeit der Erwirtschaftung von Finanzierungsbeiträgen des Verwaltungshaushaltes für den Vermögenshaushalt den Konsolidierungsdruck noch erhöht. Mit anderen Worten: Ohne eine nachhaltige Konsolidierung, die auch die Altfehlbeträge einbezieht, könnten auf Jahrzehnte keine neuen Handlungsspielräume für Investitionen ermöglicht werden. Die Handlungsoptionen im Vermögenshaushalt blieben dramatisch eingeschränkt.

Trotz der damit verbundenen Belastungen gilt es daher auch, durch massive Einschnitte auf der Ausgabenseite, also durch striktes Sparen, die Haushaltsprobleme einer Lösung zuzuführen.

Dabei werden mittelfristig vor allem Handlungsfelder in den Budgets gesehen, in denen sich schon rein rechnerisch bzw. aus der Art der Aufgabenerledigung (freiwillige oder Pflichtaufgaben) entsprechende Volumina ergeben, wie z.B. in den Budgets Wirtschaftliche Unternehmen, Hauptverwaltung, Kultur, Schule, Jugend, Soziales, Personal und Allgemeine Deckungsmittel.

2. Reduzierung der Altfehlbeträge

Seit 1992 ist die Haushaltslage defizitär. Der in der Haushaltsdurchführung entstandene Fehlbetrag ist spätestens im zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr im Haushaltsplan zu veranschlagen.⁵ Dieser Fehlbetrag belastet somit die Haushalte der Folgejahre als so genannter Altfehlbetrag.

Ein Abbau des Altfehlbetrages ist nur möglich, wenn ein jahresbezogener Haushaltsausgleich und darüber hinaus ein positives Jahresergebnis erzielt wird.

Das erfordert nicht nur eine kontinuierliche Umsetzung aller Konsolidierungspotenziale. Das setzt auch voraus, dass in Anbetracht der Volumina der Altfehlbeträge erhebliche Erlöse aus dem Verkauf städtischen Vermögens realisiert werden. Selbst diese Option wirkt nur nachhaltig, wenn es gelingt, gleichzeitig und dauerhaft einen jahresbezogen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

3. Konsolidierung des Vermögenshaushaltes

Neben den nachfolgend genannten Maßnahmen, die sich maßgeblich auf den Verwaltungshaushalt beziehen, gilt es darüber hinaus, den Vermögenshaushalt zu konsolidieren. Dieser wird auch in den kommenden Jahren maßgeblich durch die von der Kommunalaufsicht erteilte Genehmigung zur Aufnahme von Krediten geprägt sein.

Das damit verbundene Finanzvolumen wird kurz- bis mittelfristig im Wesentlichen für Fortführungsmaßnahmen einzusetzen sein. Ziel ist allerdings auch hier, wieder größere Handlungsspielräume – auch für neue Maßnahmen – zu erschließen, nicht zuletzt auch in Verbindung mit der Rolle der Stadt als Auftraggeber für die regionale Wirtschaft (siehe auch unter Punkt II.2.). Durch den Aufbau eines Investitionscontrollings sollen vorhandene Mittel effektiver eingesetzt werden.

4. Gewährleistung der Bewirtschaftungskompetenzen im Rahmen der Budgetierung

Das hiermit vorgelegte Haushaltssicherungskonzept enthält teilweise detaillierte Vorgaben, die bei Beschluss durch die Stadtvertretung gegenüber den Budgetverantwortlichen Bindungswirkung entfalten. Damit könnte auf den ersten Blick ein massiver Einschnitt in die Bewirtschaftungskompetenz vermutet werden. Tatsächlich werden mit diesem Konzept jedoch andere Ziele verfolgt. Die mit diesem Konzept vorgelegten Maßnahmen sind zum einen deshalb haushaltsstellengemäß bis in kleinste Beträge angegeben, weil das mit Vorgaben der Kommunalaufsicht korrespondiert. Zum anderen wird erst durch diese detaillierte Durchleuchtung der Budgets ermöglicht, einen fundierten Eindruck in Bezug auf die Plausibilität der Budgetvolumina zu erhalten. Und schließlich soll die detaillierte Darstellung für die Stadtvertretung auch als Hilfestellung betrachtet werden, welche ermöglicht, Steuerungsfunktionen auf fundierter Basis wahrnehmen zu können.

Eine Aushebelung der Bewirtschaftungskompetenz ist damit nicht beabsichtigt.

⁵ Gemäß § 22 GemHVO

III. Haushaltssicherungsmaßnahmen 2007

1. Einführung

Die Notwendigkeit und die Zielsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2007 sind bereits unter Punkt I. und II. dargestellt worden.

In der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2006 sind die bekannten haushaltsmäßigen Veränderungen und Rahmenbedingungen berücksichtigt worden. Dabei wurden gegenüber dem letztjährigen Konzept die Maßnahmen aktualisiert und um neue Maßnahmen ergänzt.

Das HSK beinhaltet zum größten Teil Maßnahmen, die kurzfristig bis mittelfristig ergriffen werden sollen und Maßnahmen, die einer Prüfung und Vorbereitungszeit bedürfen und deren Auswirkungen oft erst mittelfristig eintreten. Dabei zeichnet sich ab, dass kurzfristig umsetzbare Maßnahmen aufgrund der vergangenen Konsolidierungsbemühungen u.a. durch Konsolidierungsprojekte, jährliche Haushaltsgespräche, Recherchen und Prüfungen von der Anzahl und vom finanziellen Volumen her ständig geringer werden. Oft wirken die erzielten Haushaltsverbesserungen auch nur kurzfristig.

Für eine nachhaltige Konsolidierung sind jedoch mittel- bis langfristige Betrachtungen mit entsprechenden Strategien erforderlich. Demzufolge sollen im Haushaltssicherungskonzept verstärkt neue Strategien zur längerfristig angelegten Konsolidierungspolitik aufgezeigt werden. Hierzu ist auch das Engagement Schwerins bei der Umsetzung der Reform des Haushaltsrechts im Landesprojekt NKHR zu zählen. Von der Realisierung dieses Projektes erhofft sich die Stadt die Erschließung neuer und effizienter Controllinginstrumente. Über den mit fundierten Kennziffern aus der Kosten- und Leistungsrechnung unteretzten Produkthaushalt soll zukünftig der genaue Ressourcenverbrauch dargestellt und damit über interne und externe Betriebsvergleiche Konsolidierungspotenzial sichtbar gemacht werden. Mit der Weiterentwicklung des Berichtswesens sollen zeitnah weitere Handlungsoptionen aufgezeigt werden, um bei eventuellen Abweichungen rechtzeitig gegensteuern und Haushaltsgefahren abwehren zu können.

Das Gesamtvolumen der gegenwärtig vorliegenden Konsolidierungsmaßnahmen kann mit rd. 54,1 Mio. € in den Jahren 2007 bis 2010 beziffert werden. Dabei sind im Rahmen der finanziellen Betrachtung lediglich die Maßnahmen berücksichtigt worden, für die zumindest im Schätzwege die Angabe eines Einsparvolumens möglich war. Für einen großen Teil der Maßnahmen, die unter den Prüf- bzw. weitergehenden Aufträgen aufgeführt sind, ist eine finanzielle Untersetzung noch nicht möglich, so dass letztendlich mit einem höheren Gesamtvolumen an Haushaltsverbesserungen zu rechnen ist.

2. Maßnahmebezogene Darstellung

Die ausgewiesenen Maßnahmen bewirken eine Verbesserung gegenüber dem Haushaltsplan 2007 und der darauf basierenden mittelfristigen Finanzplanung. Die finanziellen Auswirkungen beziehen sich lediglich auf das jeweilige Jahr und werden nicht kumuliert.

Bis zum Haushaltssicherungskonzept 2006 erfolgte eine Zuordnung der Maßnahmen zu den Säulen A – F. Mit dem Haushaltssicherungskonzept 2007 werden die Maßnahmen nunmehr den jeweiligen Budgets zugeordnet. Die budgetspezifische Reihenfolge orientiert sich am Dezer-natsverteilungsplan. Die Maßnahmen sind unterteilt in Einzelmaßnahmen mit den jeweiligen finanziellen Auswirkungen, in weitergehende Aufträge und Prüfaufträge, bei denen die finanzielle Auswirkung zurzeit noch nicht quantifizierbar ist.

Jede einzelne Haushaltskonsolidierungsmaßnahme hat als Ordnungsbegriff eine laufende Nummer erhalten. Zur besseren Verfolgung und Abrechnung der Maßnahmen wurden diese um das Jahr der erstmaligen Aufnahme in das Konzept ergänzt. Aufgrund der neuartigen Zuordnung der Maßnahmen zu den Budgets ist eine neue Nummerierung erforderlich geworden.

Für alle weiterführenden Maßnahmen aus dem Konzept 2006 wird die vorherige Nummerierung direkt unter der neuen Nummerierung in Klammern dargestellt.

Erläuterungen zum Aufbau

Beispiel: Budget 31 – Bürgerservice

Hier sind die Nummern der Maßnahme, der Unterabschnitt und / oder ggf. die Haushaltsstelle angegeben.

Die Nummer beinhaltet die Budget-Ziffer (31), das HSK-Jahr (2007) und die fortlaufende Maßnahmennummer für dieses Budget (1, 2, , ...x).

Die Nummer in Klammern (F.2005.19) gibt die Bezeichnung der erstmaligen Aufnahme in ein HSK an.

Die Summen beziehen sich auf die Veränderung gegenüber dem Plan-Ansatz 2007. Sie sind **nicht** zu kumulieren, m. a. W.: Verändert sich die Summe für das nächste Jahr nicht, bleibt es bei einer einmaligen Veränderung gegenüber dem Planansatz 2007. Im Beispiel: Im Jahr 2007 sollen 10.000 € weniger ausgegeben werden als laut Plan, 2008 verändert sich nichts, erst 2009 sollen noch einmal 5.000 € weniger ausgegeben werden. 2010 verändert sich nichts gegenüber 2009.

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|---|--|------------------|---------------|---------------|---------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 31-2007.1 05000.10000 | Anpassung des Ansatzes Verwaltungsgebühren (Standesamt) gemäß Erfüllung 2006 (31) | 10.000 | 10.000 | 15.000 | 15.000 |
| 31-2007.2 (F.2005.19) 50000.65500 | Anpassung des Ansatzes Honorar Leichenschau gemäß Erfüllung 2006 (31) | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| gesamt Budget 31 | | 15.000 | 15.000 | 20.000 | 20.000 |

Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf das zuständige Fachamt oder den zuständigen Fachbereich.

Weitergehende Aufträge:

Bei weitergehenden Aufträgen geht die Verwaltung davon aus, dass ein Konsolidierungspotenzial vorhanden ist, welches nur noch nicht genau beziffert werden kann.

Prüfaufträge:

Bei Prüfaufträgen könnte sich eventuell ein Konsolidierungspotenzial ergeben.

Budgetübergreifende Maßnahmen (BüM)

BüM sind nicht ohne weiteres konkreten Budgets oder Haushaltsstellen zuzuordnen.

Eine konkrete Zuordnung der finanziellen Verbesserungen auf die Budgets erfolgt erst nach Prüfung bzw. Umsetzung der Maßnahmen.

3. Maßnahmen in einzelnen Budgets

Budget 02 – Büro Oberbürgermeister

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--------------------------|--|------------------|---------------|----------------|----------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 02-2007.1 00100.65400 | Dienstreisen: Der Ansatz wird an die tatsächlichen Ausgaben in den Jahren 2005 und 2006 angepasst. (02) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 02-2007.2 02400.63800 | Publikationen: Reduzierung der Ausgaben auf Höhe des Ansatzes 2006 (02) | 500 | 500 | 500 | 500 |
| 02-2007.3 79100.71500 | Nach Ablauf des Vertrages kann der Zuschuss für das Institut für Wasserstofftechnik gestrichen werden (I.1) | 0 | 0 | 100.000 | 100.000 |
| 02-2007.4 diverse | Reduzierung städtischer Öffentlichkeitsarbeit (inklusive Internet- bzw. eGovernment-Ansätze, Veranstaltungs- bzw. Kulturwerbung etc.) (02) | 7.000 | 7.000 | 7.000 | 7.000 |
| 02-2007.5 84300.63800 | Reduzierung des Zuschusses an die Stadtmarketing GmbH (I.1) | 0 | 0 | 50.000 | 50.000 |
| 02-2007.6 diverse | Reduzierung / Aussetzen von Aktivitäten für Städtepartnerschaften, Repräsentation, Großveranstaltungen (02) | 0 | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| 02-2007.7 0010 66000 | Reduzierung der Verfügungsmittel des Oberbürgermeisters (02) | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 |
| 02-2007.8 84300.63800 | Reduzierung der Ausgaben für Stadtmarketing (I.1) | 19.700 | 19.700 | 19.700 | 19.700 |
| 02-2007.9 79100.63800 | Reduzierung Wirtschaftsförderung / Tourismus (Präsentationen) (I.1) | 0 | 0 | 10.000 | 10.000 |
| 02-2007.10 diverse | Reduzierung der NKHR-Aufwendungen (II.1) | 10.300 | 10.300 | 10.300 | 10.300 |
| Gesamt Budget 02 | | 42.500 | 47.500 | 207.500 | 207.500 |

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge: keine

Budget I.1 - Wirtschaftliche Unternehmen

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|---|--|------------------|----------------|------------------|------------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| I.1-2007.1 (B.2005.3) 84100.71500 | Reduzierung des Betriebskostenzuschusses an die Zoo gGmbH (I.1, GBV) | 0 | 100.000 | 100.000 | 100.000 |
| I.1-2007.2 79200.71500 | Reduzierung des Betriebskostenzuschusses NVS Schwerin GmbH | 0 | 300.000 | 300.000 | 300.000 |
| I.1-2007.3 (B.2006.2) 72200.71510 | Zuschussreduzierung SDS (im HH-Plan 2007 wurde eine Reduzierung i.H.v. 506.500 € berücksichtigt). (I.1, GBV) | 13.500 | 250.000 | 250.000 | 250.000 |
| I.1-2007.4 80000.65500 | Reduzierung Wirtschaftsberatungskosten | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 |
| I.1-2007.5 72010.21000 | Erhöhung Gewinnausschüttung SAS | 230.000 | 230.000 | 230.000 | 230.000 |
| I.1-2007.6 diverse | Weitergehende Reduzierung der Zahlungen an Unternehmen mit städtischer Beteiligung | 0 | 0 | 170.000 | 720.000 |
| | gesamt Budget I.1 | 246.500 | 883.000 | 1.053.000 | 1.603.000 |

Weitergehende Aufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|---------------------------|---|
| I.1-2007.7 72200.67520 | Einbeziehung des öffentlichen Grüns in die Pflegeverpflichtung der Anlieger durch eine Erweiterung der Straßenreinigungssatzung (I.1, GBV) |
| I.1-2007.8 72200 | Zur Erreichung einer 100%igen Kostendeckung des Krematoriums sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen (I.1, GBV). Dazu ist im zweiten Quartal 2007 ein Strategiepapier vorzulegen, welches das Kostendeckungsgebot aus § 6 I KAG M-V berücksichtigt. (I.1, GBV) |
| I.1-2007.9 diverse | Anpassung der Zuschussüberweisungen (Vermögens- und Verwaltungshaushalt) an städtische Betriebe nach dem tatsächlichen Bedarf (z.B. Überweisung im investiven Bereich nach Rechnungslegung, Berücksichtigung unterjähriger Veränderungen bei Personal- und Sachkosten, Berücksichtigung von Zinsgewinnen) (I.1, GBV, I.2) |
| I.1-2007.10 diverse | Überprüfung der Kostenstrukturen in allen städtischen Eigenbetrieben und Gesellschaften mit dem Ziel einer Kostensenkung, soweit nicht schon erfolgt und soweit die Stadt zumindest als Gesellschafter Einfluss ausüben kann (I.1, GBV, I.2) |

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|----------------------|---|
| I.1-2007.11 72010 | Reduzierung / Streckung der Kostenerstattung für die Deponienachsorge, Prüfung der Möglichkeit einer Festschreibung der Erstattungen. (I.1, GBV, SDS) |
| I.1-2007.12 | Erstellung eines Energiebewirtschaftungskonzeptes für alle städtischen Einrichtungen zur Reduzierung entsprechender Aufwendungen (I.1, GBV, ZGM, EVS) |
| I.1-2007.13 | Prüfung der Veräußerung von Minderheitsbeteiligungen (Sozius GmbH, Helios Kliniken GmbH etc.) unter dem besonderen Aspekt der Wirtschaftlichkeit inkl. steuerlicher Folgen und ggf. wegfallender Rechte der Stadt (I.1, GBV) |
| I.1-2007.14 | Prüfung der Möglichkeit der Privatisierung der Aufgabendurchführung für die von Eigenbetrieben wahrgenommenen Tätigkeiten (I.1, GBV, ZGM, SDS) |
| I.1-2007.15 | Prüfung weitergehender Möglichkeiten der Realisierung von Gewinnausschüttungen bzw. Zuschussreduzierungen, insbesondere auch durch die Verwertung nicht betriebsnotwendigen Vermögens, die Reduzierung von Aufwendungen für freiwillige - d.h. für die Erfüllung des öffentlichen Zweckes nicht zwingend erforderliche - Leistungen (Sponsoring, Werbeaufwendungen) oder die weitergehende Reduzierung der Aufwendungen für externe Beratung (vgl. Hinweise des IM MV vom 06.02.2007). (I.1, GBV) |

Budget 10 – Hauptverwaltung

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--|---|------------------|--------|--------|--------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| | | | | | |
| 10-2007.1 (E.2005.2.5) 02000.54600 | Reduzierung der Auf- und Scharfschaltung von Alarmanlagen und Bewachung von Verwaltungsstandorten unter Berücksichtigung von Standortreduzierungen und Kooperation mit den Landkreisen etc. (10, ZGM) | 4.000 | 4.000 | 4.000 | 4.000 |
| 10-2007.2 02000.65410 | Reduzierung der Ausgaben für Stadtfahrten: Der Ansatz wird an die tatsächlichen Ausgaben in den Jahren 2005 und 2006 angepasst. (10) | 4.000 | 4.000 | 4.000 | 4.000 |
| 10-2007.3 | Kürzung für Ämter übergreifende Aus- und Fortbildung (10) | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 |
| 10-2007.4 02000.66100 | Austritt aus überregionalen Interessensverbänden (KGSt, Städtetag etc.) in Verbindung mit einer fachbudgetbezogenen Zuordnung mit dem Haushaltsplanentwurf 2008 (10) | 0 | 0 | 10.000 | 10.000 |

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|---|---|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 10-2007.5 diverse | Verdienstausschlag und Kinderbetreuungskosten, Geräte und Ausstattungsgegenstände, Haltung von Fahrzeugen, Sanitätskästen, Bürobedarf, Bücher und Zeitschriften, Auszeichnung von Verbesserungsvorschlägen, Vermischte Ausgaben, Schutzkleidung für Azubis und Anwärter, Aus- und Fortbildung (Personalrat u.a.), Sachkosten, Erstattung von Sachschäden, Dienstreisen, Gesundheitsförderung, Verwaltungs- und Betriebsausgaben Öffentlichkeitsarbeit, Wartung Parkhaustechnik, Anschaffung v. Magnetparkscheinen, Unterhaltung Kehrmaschine (10) | 6.100 | 6.100 | 6.100 | 6.100 |
| 10-2007.6 02000.50120 | Reduzierung des Ansatzes für Fernmeldeanlagen (10) | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 |
| 10-2007.7 02000.65201 | Reduzierung des Ansatzes für Postgebühren / GEZ-Gebühren (10) | 17.000 | 17.000 | 17.500 | 17.500 |
| 10-2007.8 02000.65800 | Reduzierung des Ansatzes für Behördenumzüge (10) | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 |
| 10-2007.9 02000.71700 | Reduzierung des Zuschusses für die Verbraucherzentrale (10) | 0 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 10-2007.10 02200.56210 | Reduzierung des Ansatzes für Ausbildungskosten (Sachkosten) (10) | 16.600 | 16.600 | 16.600 | 16.600 |
| 10-2007.11 02200.66130 | Reduzierung des Ansatzes für Arbeitssicherheit und -medizin (10) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 10-2007.12 02300.65500 | Reduzierung des Ansatzes für Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten (10) | 3.100 | 3.100 | 3.100 | 3.100 |
| 10-2007.13 40500.56230 | Reduzierung des Ansatzes für Aus- und Fortbildung (bei 10) | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 |
| 10-2007.14 40500.65400 | Reduzierung des Ansatzes für Reisekosten (10) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 10-2007.15 00000.40010 u.a. | Reduzierung der Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit | 50.500 | 68.500 | 68.500 | 68.500 |
| 10-2007.16 (E.2006.1.1) 68100.11000 | Erhöhung des Kostendeckungsgrades der Tiefgarage (10) | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 |
| | gesamt Budget 10 | 161.300 | 181.300 | 191.800 | 191.800 |

Weitergehende Aufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|--|---|
| 10-2007.17 (F.2005.13) 02000.54300 | Reduzierung des Umfanges bei der Gebäudebewirtschaftung, der Pflege von Grünanlagen (im Zusammenhang mit städtischen Gebäuden etc.) insbesondere auch durch Aufgabe von Standorten (10, I.2, ZGM) |
| 10-2007.18 (F.2006.8) Diverse | Überprüfung der Aufgaben- und Kompetenzverteilung bei 10, 23 und ZGM zur Vermeidung der Wahrnehmung von gleichartigen Aufgaben in den verschiedenen Organisationseinheiten (10, I.2, 23, ZGM) |
| 10-2007.19 (E.2006.2.1) Gr. 54300 | Weitere Effektivierung von Gebäudenutzungen (10) |
| 10-2007.20 02000.54600 | Reduzierung der Ausgaben für Bewachung städtischer Objekte (10) |
| 10-2007.21 UA 68100 | Weitere Erhöhung des Kostendeckungsgrades der Tiefgarage durch Einnahmeerhöhungen und/oder Ausgabenreduzierungen (10) |

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|-----------------------|--|
| 10-2007.22 diverse | Prüfung einer Standardreduzierung (Vereinfachung) im Bereich des Datenschutzes zur effektiven Nutzung der Daten für mehrere Ämter (10, SIS, GBV) |

Budget 14 – Rechnungsprüfungsamt

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--------------------------|--|------------------|------------|------------|------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 14-2007.1 01000.52000 | Reduzierung des Ansatzes für Geräte und Ausstattungsgegenstände (14) | 200 | 200 | 200 | 200 |
| gesamt Budget 14 | | 200 | 200 | 200 | 200 |

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge: keine

Budget 20 – Finanzverwaltung

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--------------------------|---|------------------|---------------|---------------|---------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 20-2007.1 03000.65500 | Wirtschaftsberatungskosten: Der Ansatz wird an die tatsächlichen Ausgaben in den Jahren 2005 und 2006 angepasst. (20) | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 |
| 20-2007.2 03000.65000 | Reduzierung der Ausgaben für Bürobedarf (20) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 20-2007.3 03000.65100 | Reduzierung der Ausgaben für Bücher und Zeitschriften (20) | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 20-2007.4 03000.65210 | Reduzierung der Ausgaben für Porto- und Buchungskosten (20) | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 20-2007.5 03000.64500 | Reduzierung der Ausgaben für Versicherungen (20) | 18.700 | 18.700 | 18.700 | 18.700 |
| 20-2007.6 03000.67000 | Reduzierung der Gerichtskosten (20) | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 |
| | gesamt Budget 20 | 35.700 | 35.700 | 35.700 | 35.700 |

Weitergehende Aufträge:

| Nr. | Bezeichnung |
|-----------------------------------|--|
| 20-2007.7 (F.2005.19) 03000 | Kassenzusammenlegung mit den Landkreisen (20) |
| 20-2007.8 diverse | Verbesserung des Forderungsmanagements des Vollstreckungswesens (Abbau der Kasseneinnahmereste) (20, 10) |

Budget 23 – Liegenschaften

| Nr. UA / HHSt. | Maßnahme | 2007 (in €) | 2008 (in €) | 2009 (in €) | 2010 (in €) |
|--------------------------|---|----------------|----------------|----------------|----------------|
| 23-2007.1 61200.71200 | Reduzierung des Zuschusses an den LK LWL (Fachdienst Geoinformation, Bodenordnung, Grundstücksbewertung) (23) | 116.000 | 116.000 | 116.000 | 116.000 |
| 23-2007.2 61200.71200 | Ausgabenreduzierung für Leistungen des Fd Geoinformation in Abstimmung mit dem Landkreis Ludwigslust (Effekte aus der Digitalisierung der Liegenschaftsprozesse etc.) (23, I.2) | 230.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 |
| | gesamt Budget 23 | 346.000 | 216.000 | 216.000 | 216.000 |

Weitergehende Aufträge und Prüfaufträge: keine

Budget 37.1 – Brand- und Katastrophenschutz

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--------------------------|---|------------------|---------------|---------------|---------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 37-2007.1 13100 | Reduzierung des Zuschusses an die Freiwillige Feuerwehr durch Zusammenlegung (37) | 0 | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| 37-2007.2 13000.55000 | Reduzierung der Ansätze für die Haltung von Fahrzeugen durch Einsparung von Betankung u.a. auf Basis des Rechnungsergebnisses 2006 (37) | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| 37-2007.3 13000.54300 | Reduzierung der Ansätze für Gebäudebewirtschaftung durch Senkung der Energiekosten, durch Eigenleistungen der FFW u.a. (37, ZGM) | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| 37-2007.4 13100.41610 | Aufwendungen f. ehrenamtliche Tätigkeit, Einsparung unter Anwendung der Kann-Bestimmung (FFWEntschVO) u. Trennung zwischen Stützpunkt- und Grundausrüstungsfeuerwehren (37) | 5.400 | 5.400 | 5.400 | 5.400 |
| 37-2007.5 13000.11100 | Einnahmen Abschleppleistungen (37) | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| 37-2007.6 13000.14000 | Einnahmen aus Mieten (Vermietung an den Eigenbetrieb RD des LK NWM) (37) | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 |
| 37-2007.7 13000.16200 | Erstattung vom Land lt. Vertrag „Schutz der Ostsee“ (37) | 14.000 | 14.000 | 14.000 | 14.000 |
| | gesamt Budget 37.1 | 37.400 | 67.400 | 67.400 | 67.400 |

Weitergehende Aufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|-------------------|---|
| 37-2007.8 | Übernahme von Leistungen zur Reinigung von Dienstbekleidung des KOSD (32, 37) |
| 37-2007.9 | Ggf. Vermarktung von Immobilien der Feuerwachen (siehe unter 37-2007.1) bei Aufgabe einiger Standorte der Freiwilligen Feuerwehren (23, 37) |

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|-------------------|---|
| 37-2007.10 | Realisierung von Mehreinnahmen durch zusätzliche Wachdienste: Optimierung des Informationsaustausches zwischen 37 und 32 (37, 32) |

Budget II.2 – Lambrechtsgrund ⁶

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|-------------------------------------|---|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| II.2-2007.1 (F.2005.24) 56220 | Erhöhung des Kostendeckungsgrades des Hauses des Sports: Aufgrund von Mindereinnahmen im Bettenturm um 30.000 € sind die Ausgaben anzupassen; um 10.000 € zu reduzieren z.B. bei Ausstattungsgegenständen, Reinigung, Chemikalien und Unterhaltung des Gebäudes. (II.2) | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 |
| II.2-2007.2 56100.54100 | Reduzierung des Strom- und Wasserverbrauchs, Heizmat. und Energie (Sport- und Kongresshalle) unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2006 (II.2) | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| II.2-2007.3 56210.54100 | Reduzierung des Strom- und Wasserverbrauchs, Heizmat. und Energie (Sportkomplex Lambrechtsgrund) (II.2) | 18.000 | 18.000 | 18.000 | 18.000 |
| II.2-2007.4 56220.54100 | Reduzierung des Strom- und Wasserverbrauchs, Heizmat. und Energie (Funktionsgebäude) (II.2) | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 |
| II.2-2007.5 23010.54100 | Reduzierung des Strom- und Wasserverbrauchs, Heizmat. und Energie (Internat Sportgymnasium) (II.2) | 18.000 | 18.000 | 18.000 | 18.000 |
| II.2-2007.6 23010.50120 | Reduzierung des Rasen- und Gehölzschnitts (Internat Sportgymnasium) (II.2) | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 |
| II.2-2007.7 23010.65500 | Minderausgaben beim Wachdienst Internat Sportgymn. (Internat Sportgymnasium) (II.2) | 13.000 | 13.000 | 13.000 | 13.000 |
| II.2-2007.8 56100.65500 | Reduzierung der Ausgaben für Aushilfskräfte (Sport- und Kongresshalle) (II.2) | 11.000 | 11.000 | 11.000 | 11.000 |
| II.2-2007.9 56100.65200 | Reduzierung der Ausgaben für Post- und Fernmeldegebühren (Sport- und Kongresshalle) (II.2) | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| II.2-2007.10 56100.65520 | Reduzierung der Ausgaben für Steuerberatung / Wirtschaftsprüfung (Sport- und Kongresshalle) (II.2) | 4.500 | 4.500 | 4.500 | 4.500 |
| II.2-2007.11 56100.-57000 | Durchführung eigener Veranstaltungen (Sport- und Kongresshalle) (II.2) | 4.500 | 4.500 | 4.500 | 4.500 |
| II.2-2007.12 56100.54710 | Reduzierung der Hausgebühren und sonstige Bewirtschaftung (Sport- und Kongresshalle) (II.2) | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 |
| II.2-2007.13 56210.55000 | Reduzierung der Ausgaben für Haltung von Fahrzeugen (Sportkomplex Lambrechtsgrund) (II.2) | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 |
| | gesamt Budget II.2 | 130.000 | 130.000 | 130.000 | 130.000 |

Weitergehende Aufträge: keine

⁶ Aufgrund des beabsichtigten Wechsels der Trägerschaft wurden die Planungsgrundlagen für das Budget noch einmal einer restriktiven Konsolidierungskontrolle unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2006 unterworfen.

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSSt. | Bezeichnung |
|-----------------------------|--|
| II.2-2007.14 23010.16200 | Mit Änderung des Schulgesetzes M-V erhalten die Schulträger für Schüler aus anderen Bundesländern nur noch 80 % (vorher 100%) Schullastenausgleich. Bereits im Jahr 2006 wurden Mindereinnahmen prognostiziert (Sportinternat 18.000 €). Der betroffene Fachbereich prüft, ob die Mindereinnahmen durch gezielte Maßnahmen kompensiert werden können. (II.2) |

Anmerkung:

Die Landeshauptstadt Schwerin plant im Rahmen eines so genannten PPP-Projektes die Beteiligung einer privaten Projektgesellschaft bei Bau, Finanzierung und Betreibung des Sport- und Veranstaltungszentrums Lambrechtsgrund.

Das Projekt umfasst die Liegenschaften bzw. Objekte Freilichtbühne, Halle am Fernsehturm, Sport- und Kongresshalle, Haus des Sportes, Stadion Lambrechtsgrund, altes Funktionsgebäude, Lauf-, Werfer- und Boxerhalle sowie das Internat am Sportgymnasium. Die Stadt Schwerin bezuschusst jährlich den Betrieb und die Unterhaltung mit netto ca. 2,4 Mio. €. Dabei ist zu verzeichnen, dass dieser Betrag sich durch steigende Betriebskosten negativ verändern wird. Ferner ist das Verpflichten namhafter Künstler aufgrund des Zustandes der Sport- und Kongresshalle zunehmend schwieriger, was zu Einnahmeverlusten führt. Die Auslastung des Internates ist aufgrund des baulichen Zustandes des Gebäudes nicht mehr gegeben. Der Betrieb wird immer unwirtschaftlicher.

In einem beinahe zweijährigen Prozess der Prüfung verschiedenster Modelle ist die Landeshauptstadt zu dem Ergebnis gekommen, den gesamten Komplex mittels des PPP-Modells sanieren, betreiben und vermarkten zu lassen. Sollte dieser Weg nicht die Genehmigung der Kommunalaufsicht bekommen, dann bliebe für die Landeshauptstadt schlussendlich nur die Schließung des Sportkomplexes Lambrechtsgrund sowie des Internates. Da diese Einrichtungen von überregionaler Bedeutung und von einem Oberzentrum durchaus vorzuhalten sind, schließt die Landeshauptstadt Schwerin diese Alternative für sich aus.

Budget 41 – Kulturbüro

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|---|---|------------------|---------|---------|---------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 41-2007.1 (E.2005.2.14) 33200.71715 u.a. | Zuschussreduzierung für allgemeine Musikförderung ab 2007 auf Basis eines kurzfristig vorzulegenden Konzeptes mit Vorschlägen, die Gesamtlandschaft der Musikförderung stadtweit neu bei reduzierten Volumina zu ordnen (vgl. HSK 2003/2004, M. E 3). (V.: Dez. III) | 50.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 |
| 41-2007.2 30000.diverse | Senkung der Ausgaben im Kulturbereich Laut Innenministererlass vom 19.09.2006 sind insbesondere Ausgaben für kulturelle Zwecke und Zuschüsse an Körperschaften, Vereine und Verbände umfangreich zurückzuführen. Konkrete Maßnahmen sollen im Rahmen der Budgetbewirtschaftung unter Einbindung des Fachausschusses umgesetzt werden. Ansatzpunkte: Förderung Forumkino (30000.71703) Förderung Soziokultur / Sonstige Kulturförderung (30000.71709) Streichung der Förderung Bereich Musik (30000.71711) Kürzung der Förderung Bildende Kunst (30000.71713) Kürzung kulturelle Sonderveranstaltungen (30000.57200) Kürzung Durchführung Kultursommer (30000.57203) Streichung der Ausgaben für „Jugend musiziert“ (30000.57204) Streichung der Ausgaben für Veranstaltungen mit herausragender Bedeutung (30000.57212) (41) | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 |
| 41-2007.3 35200.65200 | Senkung von Portokosten Stadtbibliothek (41) | 6.000 | 6.000 | 6.000 | 6.000 |
| 41-2007.4 35010 | Zuschussreduzierung Sternwarte (41) | 0 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 41-2007.5 35200 | Schließung der Zweigbibliothek Lankow (41) | 0 | 20.000 | 20.000 | 20.000 |
| 41-2007.6 30010 | Zuschussreduzierung Soziokulturelles Zentrum Speicher auf Basis einer Konzeption für eine Neuausrichtung, die die Möglichkeit der Realisierung höherer Einnahmepotenziale berücksichtigt (41) | 12.500 | 25.000 | 25.000 | 25.000 |
| 41-2007.7 30000.11000 | Erhöhung der Einnahmen für Schwerin Literarisch (41) | 300 | 300 | 300 | 300 |
| 41-2007.8 30000.50110 | Reduzierung der Ausgaben für Pflege und Erhaltung von Kunstwerken (41) | 500 | 500 | 500 | 500 |

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|---------------------------|---|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 41-2007.9 30000.65000 | Reduzierung der Ausgaben für Bürobedarf (41) | 900 | 900 | 900 | 900 |
| 41-2007.10 30000.65300 | Reduzierung der Ausgaben für Druck Publikationen KIZ (41) | 0 | 1.500 | 1.500 | 1.500 |
| 41-2007.11 xxx.52000 | Ersatzbeschaffung Geräte, Ausstattung (mehrere UA) (41) | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 |
| 41-2007.12 30010.57200 | Ausgaben für Veranstaltungen (41) | 4.900 | 4.900 | 4.900 | 4.900 |
| 41-2007.13 31020.13001 | Erhöhung der Einnahmen aus dem Verkauf von Publikationen (41) | 500 | 500 | 500 | 500 |
| 41-2007.14 31020.65200 | Post- und Fernmeldegebühren (41) | 300 | 300 | 300 | 300 |
| 41-2007.15 32100.10000 | Einnahme Verwaltungsgebühren (41) | 200 | 200 | 200 | 200 |
| 41-2007.16 35000.11004 | Einnahmen für Schulabschlüsse (41) | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| 41-2007.17 35200.57000 | Medienbeschaffung Bibliothek (41) | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 |
| 41-2007.18 33200 | Sachkostenreduzierung Konservatorium (41) | 4.000 | 4.000 | 4.000 | 4.000 |
| 41-2007.19 31020 | Einnahmeerhöhung durch Neugestaltung der Entgeltordnung Volkskundemuseum (41) | 5.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 |
| | gesamt Budget 41 | 135.100 | 226.100 | 226.100 | 226.100 |

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|--|---|
| 41-2007.20 35200 | Erhöhung der Einnahmen der Stadtbibliothek (41) |
| 41-2007.21 35010.54300 | Reduzierung der Bewirtschaftungskosten Sternwarte (41) |
| 41-2007.22 33200.54300 | Reduzierung der Bewirtschaftungskosten Konservatorium (41) |
| 41-2007.23 31020.54300 | Reduzierung der Bewirtschaftungskosten Volkskundemuseum (41) |
| 41-2007.24 32100.54300 | Reduzierung der Bewirtschaftungskosten Stadtarchiv (41) |
| 41-2007.25 (F.2005.26) 31020.13000 | Erhöhung des Kostendeckungsgrades des Museumscafés im Volkskundemuseum auf Basis neuer Betreuungskonzeptionen. (41) |

Budget 49.1 - Jugend

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--|--|------------------|------------------|------------------|------------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 49.1-2007.1 (C.2005.3) 46000 sowie 45150 und 45210 | Senkung der Zuschüsse für Aufgaben der Jugendarbeit, Jugend- und Schulsozialarbeit: Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, Schulentwicklungsplanung, interkommunaler Vergleiche von Sozialarbeiterstellen (49) | 0 | 0 | 0 | 400.000 |
| 49.1-2007.2 (C.2006.8.4) 46410 | Kindertagesstätten Die Anzahl der Kindertagesstätten ist dem tatsächlichen Bedarf anzupassen (49) | 75.000 | 200.000 | 200.000 | 200.000 |
| 49.1-2007.3 (F.2006.13) 45510-45580 (außer 45570) | Reduzierung der Ansätze für Hilfen zur Erziehung: Aufgrund anhaltend rückläufiger Zahlen von Kindern und Jugendlichen im Stadtgebiet und dem lt. vorläufigem Rechnungsergebnis deutlich niedrigerem Bedarf gegenüber dem Plan 2007 sind Maßnahmen zur Reduzierung des Gesamtzuschussbedarfs umzusetzen (lt. Plan 2007 über 3 Mio. €). (49) | 200.000 | 200.000 | 200.000 | 200.000 |
| 49.1-2007.4 45520.76005 | Soziale Gruppenarbeit nach § 29 SGB VIII (49) | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 |
| 49.1-2007.5 45530.76007 | Anpassung der Aufwendungen für Erziehungsbeistand § 30 SGB VIII gemäß dem Rechnungsergebnis 2006 (49) | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| 49.1-2007.6 45530.76008 (45530.76009) | Betreuungshelfer JGH (49) | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 |
| 49.1-2007.7 46410 | Realisierung von Einsparpotenzialen in der Kita gGmbH durch Absenkung der Personalschlüssel (Berücksichtigung der tatsächlichen Inanspruchnahme der Kita-Plätze u.a.; Feststellung des Landesrechnungshofes) | 0 | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 |
| gesamt Budget 49.1 | | 345.000 | 1.470.000 | 1.470.000 | 1.870.000 |

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|--|--|
| 49.1-2007.8 (F.2006.15) 45570 | Senkung der Kosten für stationäre Unterbringung um die im Haushaltsplan 2005 veranschlagten Mehrausgaben im ambulanten Bereich (weitere Zuschusserhöhung in 2007 auf über 2,68 Mio. € - Prüfung von Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung, der Höhe der Tagespflegesätze und ggf. der Reduzierung der Fallzahlen) (49) |
| 49.1-2007.9 (C.2005.3) 46000 sowie 45150 und 45210 | Auf der Basis der Zahlen zur Frequentierung der Jugendhäuser und interkommunaler Vergleiche der Stellen Jugend-/Schulsozialarbeiter ist zu prüfen, inwieweit eine Überarbeitung und Neuverlage des Strategiepapiers bereits in 2007 gerechtfertigt ist. Ggf. gilt es, Anpassungen (Verbesserung) im HSK für 2008 vorzunehmen. (49) |

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|-----------------------------|---|
| 49.1-2007.10 45330.76000 | Reduzierung des Angebotes für Beratung und Unterstützung bei der Personensorge (zwei Erziehungsberatungsstellen) (49) |

Budget 49.2 – Schule

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--|--|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 49.2-2007.1 (F.2005.25) Epl 2 Grupp. 543 | Reduzierung der Bewirtschaftung der Grundstücke u. baulichen Anlagen im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung: Weiterentwicklung der Planung auf Grundlage aktueller Schülerzahlen (Schulschließungen), Konkretisierung von Ansätzen wie Temperatursenkungen in Schulen, Reduzierung von Serviceleistungen (Reinigung) und Erarbeitung/Umsetzung von Energiesparprogrammen, Reduzierung bzw. Verschiebung von Putz-, Maler- und Verschönerungsmaßnahmen (Aufhebung des StV-Beschlusses zu Maßnahmen an der Schule am Fernsehturm und Projekt Fit for life erforderlich). (49, ZGM) | 250.000 | 390.000 | 390.000 | 390.000 |
| 49.2-2007.2 Epl.2, Gr. 63000 | Senkung der Ausgaben für Unterrichts-/ Lehrmittel auf Ansatzhöhe der letzten Jahre (rd. 200 T€) u.a. aufgrund der sinkenden Schülerzahlen (49) | 100.000 | 140.000 | 140.000 | 140.000 |
| 49.1-2007.3 Epl. 2, Grupp. 63001 | Reduzierung der Ausgaben Lernmittelfreiheit (Ansatz 2007: 402.700 € - finanzielle Bindung durch das bereits laufende europaweite Ausschreibungsverfahren). (49) | 0 | 50.000 | 50.000 | 50.000 |
| 49.1-2007.4 20000.56210, 20000.57301, 20000.63200 | Reduzierung der Ansätze für Supervision, Sachausgaben für Stadtelternrat, Schulsportliche Höhepunkte (49) | 7.400 | 7.400 | 7.400 | 7.400 |
| 49.1-2007.5 24260.17600 | Zuweisung Helios-Kliniken (geschätzte Beteiligung an den Kosten der Beruflichen Schule „Gesundheit“) (49) | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 |
| 49.1-2007.6 Einzelplan 2 Grupp. 54720 | Einsparung im Bereich sonstige Bewirtschaftungskosten durch Reduzierung Entsorgungskosten Elektronikschrott (49) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| | gesamt Budget 49.2 | 409.400 | 639.400 | 639.400 | 639.400 |

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge: keine

Budget 49.3 - Sport

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--|--|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 49.3-2007.1 (E.2005.5) 55000.71701 | Reduzierung des Zuschusses an die FIT Schwerin GmbH nach Errichtung des neuen Hallenbades und Schließung eines alten Hallenbades (49, GBV) | 0 | 0 | 200.000 | 200.000 |
| 49.3-2007.2 55000.71700 | Die Zuschüsse lt. städt. Sportförderungsrichtlinie sind auf die beschlossene Höhe von 121.500 € (HSK 2005 / 2006) zu reduzieren (49) | 13.500 | 13.500 | 13.500 | 13.500 |
| 49.3-2007.3 56200.50120 | Die Unterhaltungsausgaben für Sportanlagen sind ab 2008 auf den Ansatz 2006 zu reduzieren (49) | 10.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 |
| 49.3-2007.4 56200.52000 | Reduzierung der Ausgaben für Geräte und Ausstattungsgegenstände Der Ansatz wird an die tatsächlichen Ausgaben in den Jahren 2005 und 2006 angepasst. (49) | 4.400 | 4.400 | 4.400 | 4.400 |
| 49.3-2007.5 57110.50111 | Streichung d. freiwilligen Ausgaben für die Pflege wilder Badestellen unter Vorbehalt der vorzulegenden Badestellenkonzeption (49) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 49.3-2007.6 55000.71705 | Streichung des Zuschusses an den Stadtsportbund in Zusammenhang mit der Entgeltordnung (49) | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 |
| 49.3-2007.7 UA 56200 (UA 56210) | Einnahmen aus Entgeltordnung nach Verständigung mit dem Stadtsportbund und Änderung des entsprechenden StV-Beschlusses, Umstellung frühestens mit Schuljahr 2007/2008 (49) | 35.400 | 70.800 | 70.800 | 70.800 |
| | gesamt Budget 49.3 | 80.300 | 125.700 | 325.700 | 325.700 |

Weitergehende Aufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|--|---|
| 49.3-2007.8 (F.2005.22) 56200, 57110 Grupp. 541-547 | Reduzierung der Bewirtschaftungskosten im Bereich der Sportanlagen und Freibäder (Unterhaltung, Strom, Wasser, Energie, Reinigung) Durch die Fachbereiche sind aussagefähige Übersichten über die Entwicklung der einzelnen Ausgabepositionen vorzulegen. (49, ZGM) |
| 49.3-2007.9 (F.2006.7) 57110.67700 | Erzielung von Einspareffekten durch Verhandlungen zum Kostenersatz Wasserwacht (weitere Kostensteigerung beim Amt 49 für 2007 auf 19.100 €) (49) |

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|-------------------------------------|---|
| 49.3-2007.10 (F.2006.3) 56200 | Effekte aus Ausgliederung der Sportstätten (Bewirtschaftungskosten) (49) |
| 49.3-2007.11 55000.71702 | Reduzierung des Personalkostenzuschusses Vereinssportlehrer (49) (Reduzierungspotenzial: 73.700 €) |

Budget 49.4 – Leistungen nach Unterhaltsvorschussgesetz

Einzelmaßnahmen: keine

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|-------------------------------------|---|
| 49.4-2007.1 (F.2005.31) 48100 | Verstärkte Heranziehung Unterhaltspflichtiger nach dem UVG (Prüfung alternativer Verwaltungsverfahren) (49) |

Budget 50.1 – Leistungen nach SGB XII soweit nicht unter Budget 50.2

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|----------------------------|--|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 50.1-2007.1 41010.73000 | Leist. an natürliche Personen avE öT SGB XII (50) | 273.700 | 273.700 | 273.700 | 273.700 |
| 50.1-2007.2 41040.73120 | Rückzahlungspfl. Darlehen für Mietrückstände örtl. Träger (50) | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| | gesamt Budget 50.1 | 303.700 | 303.700 | 303.700 | 303.700 |

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|------------------------------------|---|
| 50.1-2007.3 (F.2006.5) 41300 | Reduzierung der Ausgaben für Hilfen zur Gesundheit, u. A. durch Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten zur Wiederaufnahme betroffener Personen bei einer Krankenversicherung (50, 10) |

Budget 50.3 – Leistungen nach SGB II

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|----------------------|--|
| 50.3-2007.1 48200 | Effektivierung der Steuerung und Umsetzung in Bezug auf Kosten der Unterkunft und Heizung (Aufbau eines kennzahlengestützten Berichtswesens, Überprüfung der Effizienz der Öffnungszeiten, Effektivierung der Einnahmebeschaffung, Überprüfung der Angemessenheit der Leistung etc.; Feststellung des Landesrechnungshofes) (50) |

Budget 50.4 – Zuwendungen an Vereine im Sozialbereich

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--------------------------------------|---|------------------|---------|---------|---------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 50.4-2007.1 (C.2006.8.1) 47000 | Soziale Beratungs- und Betreuungsdienste: Reduzierung der freiwilligen Leistung auf Miniförderung nach Ablauf der mit Vorlage 00802/2005 festgeschriebenen Zuwendungen (Auslaufen der Vereinbarungen Ende 2007; mit | 0 | 200.000 | 200.000 | 200.000 |

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|-------------------|--|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| | Innenministererlass vom 19.09.2006 sind Zuschüsse an Körperschaften, Vereine und Verbände umfangreich zurückzuführen.). (50) | | | | |
| | gesamt Budget 50.4 | 0 | 200.000 | 200.000 | 200.000 |

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge: keine

Budget 50.5 – Leistungen nach anderen Gesetzen und sonstige Kosten im Sozialbereich

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|----------------------------|---|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| | | | | | |
| 50.5-2007.1 79110.71730 | Nach Vertragsende wird das Projekt REKOBIM nicht verlängert. Das Projekt REKOBIM dient der Eingliederungshilfe. Die Aufgabe wird perspektivisch von der ARGE wahrgenommen. (50) | 0 | 0 | 0 | 6.000 |
| 50.5-2007.2 | Streichung der Beschäftigungsförderung (Zukunftswerkstatt; kommunale Komplementär-mittel für auslaufende Maßnahmen) (50) | 0 | 30.000 | 70.000 | 70.000 |
| 50.5-2007.3 40000.65000 | Reduzierung des Ansatzes für Bürobedarf (50) | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| 50.5-2007.4 42000.79100 | Anpassung der Aufwendungen für lfd. Leist. nach § 2 AsylbIG (50) | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 |
| 50.5-2007.5 43520.62000 | Reduzierung der Kosten f. Betreiben d. Obdachlosenunterkunft (50) | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 |
| | gesamt Budget 50.5 | 95.000 | 125.000 | 165.000 | 171.000 |

Weitergehende Aufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|--|---|
| 50.5-2007.6 (F.2006.6) 42000 Grupp. 793 | Reduzierung der Ausgaben für Leistungen an Asylbewerber, die nicht vom Land erstattet werden (Realisierung der Ausgabereduzierung vor dem Hintergrund gesunkener Fallzahlen) (50) |

Prüfaufträge: keine

Budget 31 – Bürgerservice

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|---------------------------|--|------------------|---------------|---------------|---------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 31-2007.1 5000.10000 | Anpassung des Ansatzes Verwaltungsgebühren (Standesamt) gemäß Erfüllung 2006 (31) | 8.800 | 8.800 | 8.800 | 8.800 |
| 31-2007.2 11100.26020 | Anpassung des Ansatzes Verwarnung Dokumente gemäß Erfüllung 2006 (31) | 3.600 | 3.600 | 3.600 | 3.600 |
| 31-2007.3 11010.52000 | Reduzierung Geräte und Ausstattung (Bürgeramt) gemäß Erfüllung 2006 (31) | 1.200 | 1.200 | 1.200 | 1.200 |
| 31-2007.4 11010.65000 | Reduzierung Bürobedarf (Bürgeramt) (31) | 4.000 | 4.000 | 4.000 | 4.000 |
| 31-2007.5 11020.10000 | Anpassung des Ansatzes Gebühren nach AufenthVO gemäß Erfüllung 2006 (31) | 7.300 | 7.300 | 7.300 | 7.300 |
| 31-2007.6 11020.10010 | Anpassung des Ansatzes Namensänderung gemäß Erfüllung 2006 (31) | 9.000 | 9.000 | 9.000 | 9.000 |
| 31-2007.7 11100.10010 | Anpassung des Ansatzes Verkauf Bewohnerparkberechtigungen gemäß Erfüllung 2006 (31) | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 31-2007.8 50000.63802 | Anpassung des Ansatzes Wasserproben gemäß Erfüllung 2006 (31) | 2.800 | 2.800 | 2.800 | 2.800 |
| 31-2007.9 50000.65510 | Anpassung des Ansatzes Honorar Gutachten gemäß Erfüllung 2006 (31) | 4.000 | 4.000 | 4.000 | 4.000 |
| 31-2007.10 50000.65500 | Anpassung des Ansatzes Honorar Leichenschau gemäß Erfüllung 2006 (31) | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 |
| 31-2007.11 | Senkung der Aufwendungen für die Kfz-Zulassung in Abstimmung mit dem Landkreis Ludwigslust (31, I.2) | 20.000 | 0 | 0 | 0 |
| | gesamt Budget 31 | 64.700 | 44.700 | 44.700 | 44.700 |

Weitergehende Aufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|---------------------------|---|
| 31-2007.12 50000.65510 | Es ist zu prüfen, ob der Ansatz Honorar Pflegegutachten noch weiter reduziert werden kann. (31) |

Budget 32.1 – Straßenverkehr und Gewerbe

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|----------------------------|---|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 32-2007.1 11000.10000 | Der Ansatz Verwaltungsgebühren wird der Erfüllung 2006 angepasst. (32) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 32-2007.2 11000.65000 | Der Ansatz Bürobedarf wird der Erfüllung 2006 angepasst. (32) | 3.500 | 3.500 | 3.500 | 3.500 |
| 32-2007.3 11000.65810 | Reduzierung des Ansatzes für Bestattungskosten (32) | 1.200 | 1.200 | 1.200 | 1.200 |
| 32-2007.4 11000.diverse | Reduzierung diverser Ausgabehaushaltsstellen unter 1.000 € je Haushaltsstelle (32) | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 |
| 32-2007.5 11200.57000 | Der Ansatz KOSD (Dienstbekleidung etc.) wird der Erfüllung 2006 angepasst. (32) | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| 32-2007.6 11200.diverse | Reduzierung diverser Ausgabehaushaltsstellen unter 1.000 € je Haushaltsstelle (32) | 1.400 | 1.400 | 1.400 | 1.400 |
| 32-2007.7 11200.10000 | Der Ansatz Verwaltungsgebühren zu 26000 (Verwarn- und Bußgelder) wird der Erfüllung 2006 angepasst. (32) | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 |
| 32-2007.8 11200.11002 | Der Ansatz Verwaltungsgebühren Blitztonne wird der Erfüllung 2006 angepasst. (32) | 18.000 | 18.000 | 18.000 | 18.000 |
| 32-2007.9 11200.11003 | Der Ansatz Verwaltungsgebühren Rotlichtüberwachung wird der Erfüllung 2006 angepasst. (32) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 32-2007.10 11200.11004 | Erhöhung des Haushaltsansatzes Verwaltungsgebühren/ Starkästen durch die geplante technische Aufrüstung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage (32) | 7.400 | 7.400 | 7.400 | 7.400 |
| 32-2007.11 11200.26002 | Der Ansatz Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung Blitztonne wird der Erfüllung 2006 angepasst. (32) | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 |
| 32-2007.12 11200.26004 | Der Ansatz Rotlichtüberwachung wird der Erfüllung 2006 angepasst. (32) | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| 32-2007.13 11200.26006 | Effektivierung durch die technische Aufrüstung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage (32) | 52.000 | 52.000 | 52.000 | 52.000 |
| | gesamt Budget 32.1 | 230.500 | 230.500 | 230.500 | 230.500 |

Weitergehende Aufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|-------------------------------------|---|
| 32.1-2007.14 (F.2006.2) 11200 | Optimierung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Ordnungs- und Bußgelder (32) |

Prüfaufträge: keine

Budget 32.2 – Umweltschutz, Wasser

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--|--|------------------|---------------|---------------|---------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 32.2-2007.1 (E.2006.2.2) 12000.65507 | Zuschussreduzierung Lokale Agenda; partielle Aufgabenwahrnehmung innerhalb der Verwaltung; Umwandlung in eine Sachkostenpauschale (32) | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| 32.2-2007.2 12000.65501 | Anpassung des Ansatzes Gefährdungsabschätzung Altlasten (32) | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 |
| 32.2-2007.3 12000.65503 | Anpassung des Ansatzes Immissionsplanung (32) | 2.300 | 2.300 | 2.300 | 2.300 |
| 32.2-2007.4 12000.67450 | Anpassung des Ansatzes Erstattung Kataster / Vermessung (32) | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 |
| 32.2-2007.5 12000.diverse | Reduzierung diverser Beträge unter 1.000 € je Haushaltsstelle (32) | 900 | 900 | 900 | 900 |
| 32.2-2007.6 69000.65505 | Anpassung des Ansatzes Planung Karausche (32) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 32.2-2007.7 69000.diverse | Reduzierung diverser Beträge unter 1.000 € je Haushaltsstelle. (32) | 2.700 | 2.700 | 2.700 | 2.700 |
| | gesamt Budget 32.2 | 17.900 | 17.900 | 17.900 | 17.900 |

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge: keine

Budget 61.1 – Planung

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--------------------------|---|------------------|---------------|---------------|---------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 61-2007.1 36000.57601 | Reduzierung der Ausgaben für Ausstellungen und Druckerzeugnisse (61) | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 61-2007.2 36000.65502 | Reduzierung der Ausgaben für die Landschaftsplanung (Standardsenkung) (61) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 61-2007.3 | Einleitung von Maßnahmen zur Erstattung städtischer Personal- und Sachkosten in der Bauleitplanung durch Vorhabensträger (61) | 9.000 | 9.000 | 9.000 | 9.000 |
| | gesamt Budget 61.1 | 12.000 | 12.000 | 12.000 | 12.000 |

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|------------------------------------|---|
| 61.1-2007.4 (F.2006.1) 61000 | Verkauf von Straßennamen in neuen Wohngebieten (Die Möglichkeit des Erwerbs von Straßennamen ist in der Benennungssatzung vom 24.08.2001 neu zu regeln.) (61) |
| 61.1-2007.5 36030.71500 | Reduzierung des Zuschusses für die Naturschutzstation Zippendorf ab 2010 (61) |
| 61.1-2007.6 36020.51100 | In Bezug auf die Revitalisierung Siebendorfer Moor sind Konsolidierungspotenziale, wie Kostenstreckung, Umlagemöglichkeiten auf Investoren usw. zu prüfen. (61) |

Budget 61.2 – Bauordnung

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|----------------------------|--|------------------|---------------|---------------|---------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 61.2-2007.1 87100.22100 | Stärkere Vermarktung städtischer Werbeflächen und Optimierung des Stadtwerbevertrages mit der Ströer City-Marketing GmbH Schwerin & Co. KG zur Sicherung bzw. Erhöhung der Einnahmen (61, 23, I.1) | 35.000 | 35.000 | 35.000 | 35.000 |
| 61.2-2007.2 87100.57000 | Die Ausgaben für Stadtpläne sind von 5.000 € um 2.000 € zu reduzieren. Der Ansatz wird an die tatsächlichen Ausgaben in den Jahren 2005 und 2006 angepasst. (61) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 61.2-2007.3 36600.47400 | Anpassung des Ansatzes Kostenerstattung (freiwilliges Jahr / Umlage) (61) | 1.300 | 1.300 | 1.300 | 1.300 |
| 61.2-2007.4 60000.10001 | Anpassung des Ansatzes Gebühr für Erschließungsbescheinigungen, Baulastauskünfte, Hausnummervergaben u.a. (61) | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 |
| | gesamt Budget 61.2 | 41.300 | 41.300 | 41.300 | 41.300 |

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge: keine

Budget 69 - Verkehrsmanagement

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|---|---|------------------|--------|--------|--------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 69-2007.1 (E.2006.1.3) 11030.10010 | Ausweitung der Gebiete für Anwohnerparkkarten (69) | 5.000 | 23.000 | 23.000 | 23.000 |
| 69-2007.2 (E.2006.1.4) 63000.10000 | Änderung der Straßensondernutzungsgebührensatzung (z.B. Überprüfung der Bemessungsgrundlage bei Märkten). Die Maßnahme bleibt bis zur tatsächlichen Umsetzung Bestandteil des HSK. Die Einnahmen i.H.v. 20 T€ sind bereits im Haushaltsplan berücksichtigt. Eine Vorlage wurde bereits in die politischen Gremien eingebracht. (69) | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 69-2007.3 (E.2005.2.20) 67000.54100 | Reduzierung der Ausgaben für Straßenbeleuchtung: Zur Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen werden z.Zt. Vorbereitungen getroffen. (69) | 60.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 |

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--|--|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 69-2007.4 60200.65500 | Reduzierung der Ausgaben für Vergaben für Bau-Planungen inkl. Vorbereitung (69) | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 |
| 69-2007.5 (F.2005.8) 68000.11000 | Parkgebühren: Einnahmesteigerung aufgrund einer Satzungsänderung und damit verbunden eine Erhöhung der Parkgebühren (69) | 0 | 15.000 | 15.000 | 15.000 |
| 69-2007.6 (F.2005.7) 68000.11000 | Weitergehender Einsatz von Parkscheinautomaten (69) | 0 | 18.000 | 18.000 | 18.000 |
| 69-2007.7 60200.67400 | Erfassung Straßenkataster (2006 - 63000.65520) (69) | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 69-2007.8 63000.81500 | Einmalige Reduzierung des Ansatzes Brückenunterhaltung (69) | 2.000 | 0 | 0 | 0 |
| 69-2007.9 63000.51310 | Reduzierung des Ansatzes Instandsetzung von Lärmschutzeinrichtungen (69) | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 69-2007.10 63000.51500 | Reduzierung des Ansatzes Lichtsignalanlagen (69) | 17.600 | 17.600 | 17.600 | 17.600 |
| 69-2007.11 63000.65000 | Reduzierung des Ansatzes für Bürobedarf (69) | 1.400 | 1.400 | 1.400 | 1.400 |
| 69-2007.12 diverse | Reduzierung von Einzelbeträgen jeweils unter 1.000 € (69) | 2.600 | 2.600 | 2.600 | 2.600 |
| 69-2007.13 67000.51000 | Reduzierung des Ansatzes Unterhaltung Straßenbeleuchtung (69) | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 |
| 69-2007.14 68000.51501 | Reduzierung des Ansatzes Unterhaltung Parkautomaten (69) | 1.600 | 1.600 | 1.600 | 1.600 |
| 69-2007.15 68000.54000 | Anpassung des Ansatzes Gebühren für Straßenreinigung (69) | 2.300 | 2.300 | 2.300 | 2.300 |
| | gesamt Budget 69 | 165.500 | 234.500 | 234.500 | 234.500 |

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge: keine

Sonderbudget Personalkosten (PK)

Bereits mit Vorlage des Personalbedarfskonzeptes (PBK) und des darauf basierenden Stellenplans im Februar 2005 (in Verbindung mit der Fortschreibung in 2006) konnten erhebliche Erfolge bei der Reduzierung von Personalkosten erzielt werden.

Das beinhaltet nicht nur die reine Stellenausstattung. Vielmehr konnten nicht zuletzt durch den Abschluss eines Haustarifvertrages in Verbindung mit weiteren Maßnahmen auch die Ausgaben erheblich reduziert werden. Auch im Jahr 2007 werden durch den Haustarifvertrag weitere Einsparungen, gekoppelt mit anderen begleitenden Personalmaßnahmen, wie Abschluss von Altersteilzeit und einvernehmlicher Stundenreduzierung, erzielt. Der Haustarifvertrag kann frühestens mit einer Frist von drei Monaten zum 31.12.2007 gekündigt werden. Inwieweit aus Sicht der Stadt eine Verlängerung anzustreben ist, soll im Laufe des Jahres 2007 einer Klärung zugeführt werden.

Bereits jetzt lässt sich aber konstatieren, dass die in diesem Zusammenhang eingeleiteten Maßnahmen aus finanzieller Sicht erfolgreich waren. Im Ergebnis werden auch für 2007 die Personalkosten trotz zahlreicher haushaltsbelastender Maßnahmen, wie der Ost-West-Tarifangleichung um 1,5 % auf 97 % und der Einführung zusätzlicher Leistungsbezahlung nach TVöD, sinken.

Gleichwohl bleibt die Reduzierung der Personalkosten eine wichtige Handlungsoption.

Dies stellt sich um so wichtiger dar, als mit der Kreisgebiets- und Funktionalreform und den damit verbundenen Aufgabenverschiebungen derzeit nur schwer kalkulierbare Personalkostenbewegungen verbunden sind. Es wird jedoch hier davon ausgegangen, dass eine erhebliche Zahl der bislang städtischen Aufgaben an den umliegenden Landkreis fällt und im Gegenzug nur wenige Landesaufgaben der Stadt zufallen werden. Da das entsprechende Personal der Aufgabe folgen und darüber hinaus Intendantpersonal übergehen wird, führt diese Verschiebung zu einer mittelfristigen Reduzierung von Planstellen und Personal.

Da die in diesem Zusammenhang zu berücksichtigenden finanzwirtschaftlichen Auswirkungen noch nicht genau absehbar sind, wird die Personal- und Stellenausstattung auch unabhängig davon einer weiterhin kritischen Prüfung (im Rahmen punktueller Aufgabenkritik) unterzogen. Im Vordergrund stehen dabei Ansätze, die in erster Linie aus der Ausnutzung natürlicher Fluktuation und aus Verwaltungsmodernisierungsansätzen resultieren. Dazu zählen insbesondere Effekte aus

- interkommunaler Kooperation,
- Public-Private-Partnership-Modellen,
- dem Ausbau der Möglichkeiten der Dienstleistung in elektronischer Form („eGovernment“),
- Geschäftsprozessoptimierungen,
- der Aufgabenwahrnehmung durch Dritte u. a.

Flankiert werden sollen diese Maßnahmen durch die dezentrale Bewirtschaftung von Personalkosten, die mit der Einführung und Umsetzung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens erfolgen soll.

Diese Ansätze sollen mit einer Strategie verbunden werden, die in noch stärkerem Maße als bisher darauf abzielt, die für die Verwaltung essenzielle Ressource Personal zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wurde mittlerweile ein ganzheitliches Personalentwicklungskonzept vorgelegt.

Im Ergebnis und unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung in Schwerin bleibt es bei der Zielvorgabe einer Reduzierung des Stellenvolumens bis zum Jahr 2010, welche auch ohne weitere tief greifende Personalmaßnahmen erreichbar sein dürfte. Basis dafür soll die Fortschreibung des Personalbedarfskonzeptes sein, welches in den kommenden Monaten qualifiziert werden soll.

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--------------------|--|------------------|----------------|----------------|------------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| PK-2007.1 13000 | Standardreduzierung im Bereich der Berufsfeuerwehr durch Reduzierung von 16 auf 14 Funktionsstellen (1 Funktionsstelle = 4 Stellen lt. Stellenplan, d.h. pro Schicht eine Stelle). (37, 10) | 250.000 | 250.000 | 250.000 | 250.000 |
| PK-2007.2 13000 | Sonstige Stellenreduzierung im Bereich der Berufsfeuerwehr (37, 10) | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| PK-2007.3 | Anpassung der Ansätze für Personalkosten auf Basis der Erfahrung in Bezug auf die Erfüllung der vergangenen Jahre in Verbindung mit der Personalkostenerstattung über eine Sonderbedarfszuweisung für die Delegation eines MA zum Innenministerium, der Umsetzung von Mitarbeitern in Eigenbetriebe (Streichung des Zuschusses für Personalausgaben Lokale Agenda in Höhe von 43.500 € durch partielle Aufgabenwahrnehmung innerhalb der Verwaltung, vgl. 32.2-2007-1) etc. (10) | 150.000 | 150.000 | 150.000 | 150.000 |
| PK-2007.4 | Personalkostenreduzierung gemäß PBK | 0 | 0 | 500.000 | 1.000.000 |
| | gesamt | 430.000 | 430.000 | 930.000 | 1.430.000 |

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge: keine

Sonderbudget Allgemeine Deckungsmittel (AD)

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|---|---|------------------|-----------|---------|---------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| AD-2007.1 (A 1) 91000 | Verkauf von Beteiligungen und Eigengesellschaften – davon 2,3 Mio. € für Anteilsverkäufe SAS Lt. Erlass des Innenministeriums zur Haushaltssatzung 2006 vom 19.09.2006 (Punkt II 3.2) und Erlass zur Aufstellung der Haushaltspläne 2007 vom 20.11.2006 (Punkt I. 2.b) sind Verkaufserlöse primär zur Entlastung des Verwaltungshaushaltes einzusetzen. Die Beschlussvorlage 01336/2006 zur Neuorganisation Abfallwirtschaft – Veräußerung von 49 % der Geschäftsanteile an der SAS - wurde in der Stadtvertretung am 11.12.2006 beschlossen. (20, GBV) | 2.300.000 | 0 | 0 | 0 |
| AD-2007.2 (A 2) 91000 | Verkauf von Grundstücken und Gebäuden Siehe AD-2007.1 – Erlass IM (20, 23) | 2.700.000 | 1.000.000 | 250.000 | 250.000 |
| AD-2007.3 90000.00000 | Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer A von 260 v.H. auf 300 v.H. Anpassung des Hebesatzes auf den Höchstsatz in Mecklenburg-Vorpommern (20) | 0 | 6.100 | 6.100 | 6.100 |
| AD-2007.4 90000.00100 | Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 410 v.H. auf 430 v.H. Anpassung des Hebesatzes auf den Höchstsatz in Mecklenburg-Vorpommern (20) | 0 | 400.000 | 400.000 | 400.000 |
| AD-2007.5 | Senkung der Zinsen für Kassenkredite durch Umsetzung von Maßnahmen des HSK (20) | 100.000 | 200.000 | 200.000 | 500.000 |
| AD-2007.6 90100.09100 90100.09200 | Anpassung der Einnahmen für Leistungen des Landes nach AG-SGB II gemäß Runderlass der Sozialabteilung des Ministeriums für Soziales und Gesundheit M-V Nr. 02/2007 (20) | 551.600 | 551.600 | 551.600 | 551.600 |
| AD-2007.7 91000.27500 | Verzinsung des Anlagekapitals Änderung der Abwassersatzung, der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB) und des Preisblattes der SAE (Vorlage: 01441/2006). Im UA 70000 Eigenbetrieb Abwasserentsorgung sind Einnahmen und Ausgaben in gleicher Höhe veranschlagt. Es erfolgt eine Durchleitung der Einnahmen in den UA 91000 Allgemeine Deckungsmittel. (20, GBV) | 0 | 112.000 | 102.000 | 102.000 |
| AD-2007.8 91000 | Gewinnabführung der Sparkasse an den städtischen Haushalt, Ausschöpfung der Möglichkeiten gemäß § 27 Abs. 3, 1. ÄndG SpkG M-V unter Berücksichtigung der vertraglichen Vereinbarung im Rahmen der Kassenfusion. (20, I.1, GBV) | 0 | 100.000 | 100.000 | 100.000 |

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|-------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| | | | | | |
| | gesamt Sonderbudget Allg. Deckungsmittel | 5.651.600 | 2.369.700 | 1.609.700 | 1.909.700 |

Prüfaufträge: keine

Weitergehende Aufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|----------------------------------|--|
| AD-2007.9 91000 Gr. 80, 86 | Entwicklung einer Entschuldungsstrategie auch im Zusammenhang mit der landesweit geplanten Finanzagentur M-V (20, I.2) |

Sonderbudget Allgemeines Grundvermögen (AG)

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|--------------------------|-------------------------------------|------------------|--------------|--------------|--------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| | | | | | |
| AG-2007.1 88100.53000 | Auskehr von Mieten und Pachten (23) | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 |
| | gesamt Budget AG | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 |

Weitergehende Aufträge: keine

Prüfaufträge: keine

Budgetübergreifende Maßnahmen (BüM)

Eine konkrete Zuordnung der finanziellen Verbesserungen auf die Budgets kann erst nach Prüfung bzw. Umsetzung der Maßnahmen erfolgen.

Einzelmaßnahmen:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|---|--|------------------|-----------|-----------|-----------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| BüM-2007.1 (B.2005.6) diverse UA / Gr. 543 | Anpassung der städtischen Zahlungen an das ZGM aufgrund zu erwartender Effekte aus der Betriebskostenerstattung bei Vermietung, der Vermietung städtischer Objekte an Dritte, der Senkung der Overheadkosten als auch zu erwartender Synergieeffekte z.B. im Bereich Personal, Energie, Bauunterhaltung, Mieten und Pachten und sonstiger Gebäudebewirtschaftung. Insbesondere sind Ansätze wie Temperatursenkungen, Reduzierung von Serviceleistungen (Reinigung) und Erarbeitung/Umsetzung von Energiesparprogrammen (vgl. I.1-2007.12) zu konkretisieren. Darüber hinaus sind Effekte aus der Schließung bzw. der Zusammenlegung von Einrichtungen zu realisieren. (I.2, ZGM) | 100.000 | 250.000 | 500.000 | 750.000 |
| BüM-2007.2 (E.2006.2.3) diverse | Aufstellung eines Fuhrparkkonzeptes: Per Dienstanweisung vom 13.01.2006 wurde die Betankung, Wartung u. Instandhaltung beim NVS neu geregelt. Darüber hinaus werden weitere Einsparungen erwartet. (02, 10) | 2.000 | 6.000 | 6.000 | 6.000 |
| BüM-2007.3 Gr. 652 | Senkung der Telefonkosten durch Wechsel des Tarifes (einschl. Eigenbetriebe, Schulen und Kultureinrichtungen) (10) | 4.500 | 12.000 | 16.000 | 16.000 |
| BüM-2007.4 (E.2005.4) diverse | Realisierung von Konsolidierungspotenzialen durch Aufgabenoptimierung, restriktive Haushaltsführung unter Berücksichtigung der Abweichungen zwischen Plan und REen in den vergangenen Jahren, konsequente Umsetzung der in diesem Konzept beschriebenen Prüfaufträge und weitergehenden Aufträge (ca.50), intensivere Nutzung der von der Verwaltung geschaffenen und geplanten Steuerungsinstrumente und -einheiten u.a. (20, II.1, I.2) | 500.000 | 1.000.000 | 1.500.000 | 2.000.000 |

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung | Veränderung in € | | | |
|-----------------------|--|------------------|------------------|------------------|-------------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| BüM-2007.5 diverse | Effizienzgewinne aus dem Gesetz zur Modernisierung der Verwaltung in M-V (Funktional- und Kreisgebietsreform) z.B. durch Zusammenlegung von Einrichtungen, Aufgabe von Standorten und entsprechender Reduzierung von Bewirtschaftungskosten (betrifft zumindest 10 Schulen), Nichtwahrnehmung von Optionen und mithin Übergang von Aufgaben und Personal bei gleichzeitigem Übergang von Intendantpersonal insbesondere in Bezug auf Aufgaben als örtlicher Träger der Sozialhilfe (SGB XII, Aufgaben nach SGB II gehen ohnehin über) und der öffentlichen Jugendhilfe (SGB VIII) u.a. unter dem Vorbehalt einer Entscheidung der neu gewählten Stadtvertretung. Nach momentanem Stand ist davon auszugehen, dass bei Verzicht auf die Optionswahrnehmung ca. 360 Stellen an den Kreis übergehen. Davon abzuziehen ist die Personalkostenerstattung vom Land für die Mitarbeiter der ARGE. Neben den VbE, die mithin übergehen, sind Sachkostenanteile zu berücksichtigen, die z.Zt. noch von der Stadt getragen werden. (10, 20, II.1, ZGM) | 0 | 0 | 0 | 12.000.000 |
| | gesamt budgetübergreifende Maßnahmen | 606.500 | 1.268.000 | 2.022.000 | 14.772.000 |

Weitergehende Aufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|---------------------------------------|--|
| BüM-2007.6 (F.2005.9) diverse | Vermarktung weiterer städtischer Flächen in Gebäuden als Werbeplätze über die im bestehenden Vertrag festgehaltenen Objekte hinaus (I.2) |
| BüM-2007.7 diverse | Aufbau eines Investitionscontrollings: Ausschöpfung aller Einnahmequellen (EU, Bund, Land, Sponsoren usw.), Bedarfsanalyse, Prüfung von Beteiligungen Dritter und/oder Kooperationen mit anderen Kommunen (Berücksichtigung Kreisgebiets- und Funktionalreform), Prüfung des Zeitpunktes und des Standortes, Beachtung der Wirtschaftlichkeit, Planung, Finanzierung und Ausführung von rentierlichen Bau- und Investitionsmaßnahmen (u.a. Berücksichtigung der Folgekosten) (I.2, 10, 20) |
| BüM-2007.8 diverse UA, Gr. 54 | Zentraler Vertragsabschluss für Einbruch- und Alarmanlagen an Objekten (I.2, ZGM) |
| BüM-2007.9 diverse | Ausschöpfung von EU-Fördermitteln zur Verbesserung der Einnahmesituation; Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für EU-Angelegenheiten (02) |
| BüM-2007.10 diverse | Aktivierung bürgerlichen Sachverständes gegebenenfalls mit Prämierung (z.B. Initiierung eines Ideenwettbewerbs über den Stadtanzeiger unter Einbindung des städtischen Ideen- und Beschwerdemanagements) unter Berücksichtigung des konzeptionellen Ansatzes des „Bürgerhaushaltes“ (02, II, 20, II.1) |
| BüM-2007.11 (F.2006.14) diverse | Sachkosteneinsparungen durch die Reduzierung der Ausgaben für Druck- und Kopierpapier aufgrund der Ausstattung der Stadtvertreter mit Laptops, durch den Wegfall von Einzeldruckern in der Verwaltung etc. (10) Vom Hauptverwaltungsamt ist eine Entwicklung des Papierverbrauchs in den Jahren 2005, 2006 und 2007 pro Verbrauchsstelle darzustellen. (10) |

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|---|--|
| BüM-2007.12 diverse | Flächendeckende Prüfung, ob es für weitere Aufgaben optimalere Rechts- und Organisationsformen gibt, u.a. mit dem Ziel der Zuschussreduzierung für die Stadt. Dabei sind finanzstrategische Ziele zu definieren. Durch einen Wechsel der Rechtsform können rentierliche Investitionen erleichtert, Einkaufsvorteile erreicht und Effizienzvorteile durch Entkopplung von der Kernverwaltung erzielt werden. Darüber hinaus gilt es, die Schnittstellen zu Ausgliederungen weiter zu optimieren. (10, I.2, II.1) |
| BüM-2007.13 diverse | Aufbau eines Vertragsmanagements: Prüfung aller bestehenden Verträge (z.B. Kauf-, Dienstleistungs- und Gesellschaftsverträge usw.) auf ihre Notwendigkeit, Effektivität, Laufzeit und Kündbarkeit hin. Die Verträge sollen optimiert, untereinander abgestimmt und die rechtliche Position der Verwaltung gestärkt werden. (10) |
| BüM-2007.14 diverse | Schaffung einer zentralen Vergabe- und Beschaffungsstelle zur Gewährleistung einer zielgerichteten Planung, Organisation, Durchführung und Kontrolle aller auf den Einkauf gerichteten Aktivitäten in der Verwaltung. Dadurch sollen langfristige Beschaffungspotenziale ausgebaut und realisiert werden. (10) |
| BüM-2007.15 diverse | Änderung / Ergänzung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Schwerin: Die Prüfungsschwerpunkte sollen durch Änderung der Prioritäten optimiert werden. Durch einen Aufbau bzw. Ausbau von begleitenden Prüfungen kann rechtmäßiges Verwaltungshandeln in den Fachämtern unterstützt und Verwaltungsaufwand pro Prüfung gesenkt werden. Darüber hinaus sind Möglichkeiten auszuloten, für Umlandkommunen tätig zu werden. (14) |
| BüM-2007.16 diverse | Schaffung weiterer Anreize zum effektiven Umgang mit Haushaltsmitteln (u.a. im Rahmen der Budgetierung: dezentrale Ressourcenverwaltung im Bereich der Personalkosten) (II.1) |
| BüM-2007.17 diverse | Entwicklung und Umsetzung moderner eGovernment-Strukturen: Durch die konsequente Nutzung des Internets bzw. von geschlossenen Netzen in Verbindung mit prozessoptimierenden Analysen sollen erhebliche Rationalisierungseffekte erreicht werden. Konkrete Ansatzpunkte: Automatisierte Informationsangebote (extern – intern), IP-Telefonie, medienbruchfreie Antragsbearbeitung, Dokumentenmanagement, Ausbau des Content-Management-Systems, Nutzung des Landesverwaltungsnetzwerkes, Implementierung von ePayment-Modulen etc. (II.1) |
| BüM-2007.18 (F2005.16) 35200.65100 und diverse andere | Streichung der Ergänzungslieferungen für Gesetzblätter für die Verwaltungsbibliothek; Bereitstellung der Gesetze durch kostengünstigere Alternativen (41) |
| BüM-2007.19 (F.2005.17) Diverse | Reduzierung der Ansätze für Periodika für die gesamte Verwaltung (einschließlich Kultureinrichtungen und Schulen) (41) |
| BüM-2007.20 diverse | Sachkosteneinsparungen (z.B. Energie, Büromaterialien, Fahrtkosten etc.) durch den Wegfall weiterer Stellen (z.B. durch natürliche Fluktuation, ATZ, Ausgliederungen etc.). Im KGST - Bericht Nr. 6 / 2005 wird ein Richtwert in Höhe von ca. 5.400 € pro Arbeitsplatz angesetzt, auch wenn dieser Wert aus Sicht der Verwaltung für die Stadt Schwerin etwas hoch erscheint. (10) |

Prüfaufträge:

| Nr. UA / HHSt. | Bezeichnung |
|------------------------|---|
| BÜM-2007.21 | Prüfung von Optimierungspotenzialen im IT- bzw. EDV-Bereich: Aufbau eines Lizenzmanagements zur Ablösung redundanter Lizenzen, Prüfung von alternativen Angeboten aus dem Open-Source-Bereich anstelle von Standard-Anwendungspaketen (z.B. Windows Office, Open-Office statt Word etc.), Abbau redundanter Drucker etc. (10, SIS GmbH) |
| BÜM-2007.22 diverse | Effektivierung des finanzorientierten Berichtswesens u.a. durch konsequenten Ausbau der Controlling-Instrumente, durch eine flächendeckende Einführung einer KLR in Verbindung mit einer umfassenden Vermögenserfassung und -bewertung (II.1, I.2) |
| BüM-2007.23 | Prüfung der Mitgliedschaft im eGovernment-Zweckverband zur Vermeidung redundanter Entwicklungen und zur Partizipation an innovativen, effektvollen, preisgünstigen und standardisierten Lösungen (vgl. Erlass des Innenministeriums vom 20.11.2006, S. 7) (II.1) |

4. Begleitung und Umsetzungskontrolle

Wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes ist eine dauernde Begleitung der Maßnahmen durch die Strategische Lenkung. Im Zuge dessen sind die einzelnen Maßnahmen auf ihre Wirkung hin zu prüfen. Dazu sollen die Budgetverantwortlichen auf Basis einheitlicher Berichtsbögen regelmäßig den Stand der Bearbeitung bzw. der Umsetzung der Maßnahmen mitteilen. Über Maßnahmen, die aus Sicht der Fachbereiche nicht oder nur teilweise umgesetzt werden können, wird die Verwaltungsleitung informiert. Der Oberbürgermeister trifft dann in Abstimmung mit den Beigeordneten entsprechende Festlegungen (z.B. Streichung der Maßnahme, weitere Prüfung, sofortige Umsetzung). Gekoppelt werden soll dieses Verfahren mit dem im Rahmen der Budgetierung entwickelten Berichtswesen (Erfüllungsberichte, Sonderberichterstattung etc., vgl. Budgetierungskonzept 3.0). Um einem Ausufern von Berichtspflichten entgegenzuwirken, sollen in den kommenden Monaten Leitlinien für ein einheitliches (standardisiertes) Berichtswesen für alle Berichte der Verwaltung verabschiedet werden (vgl. auch BÜM-2007.22).

Letztendlich soll die Verwaltungsleitung dadurch in die Lage versetzt werden, unbeschadet der im Rahmen der Budgetierung konstituierten dezentralen Bewirtschaftungskompetenz noch effektiver auf aktuelle Gegebenheiten reagieren zu können.

IV. Zusammenfassung der Einspareffekte

Gesamtdarstellung

| Budget | Bezeichnung | Haushaltsverbesserung in € | | | |
|--------|---|----------------------------|------------------|-------------------|-------------------|
| | | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 02 | Büro Oberbürgermeister | 42.500 | 47.500 | 207.500 | 207.500 |
| I.1 | Wirtschaftliche Unternehmen | 246.500 | 883.000 | 1.053.000 | 1.603.000 |
| 10 | Hauptverwaltung | 161.300 | 181.300 | 191.800 | 191.800 |
| 14 | Rechnungsprüfung | 200 | 200 | 200 | 200 |
| 20 | Finanzverwaltung | 35.700 | 35.700 | 35.700 | 35.700 |
| 23 | Liegenschaften | 346.000 | 216.000 | 216.000 | 216.000 |
| 37.1 | Feuerwehr, Katastrophenschutz | 37.400 | 67.400 | 67.400 | 67.400 |
| 37.2 | Rettungsdienst, Leitstelle | 0 | 0 | 0 | 0 |
| II.2 | Lambrechtsgrund | 130.000 | 130.000 | 130.000 | 130.000 |
| 41 | Kulturbüro | 135.100 | 226.100 | 226.100 | 226.100 |
| 49.1 | Jugend | 345.000 | 1.470.000 | 1.470.000 | 1.870.000 |
| 49.2 | Schule | 409.400 | 639.400 | 639.400 | 639.400 |
| 49.3 | Sport | 80.300 | 125.700 | 325.700 | 325.700 |
| 49.4 | Leist. nach Unterhaltsvorschussgesetz | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 50.1 | Leist. nach SGB XII soweit nicht unter Budget 50.2 | 303.700 | 303.700 | 303.700 | 303.700 |
| 50.2 | Leist. nach SGB XII im Sinne des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 50.3 | Leist. nach SGB II | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 50.4 | Zuwendungen an Vereine im Sozialbereich | 0 | 200.000 | 200.000 | 200.000 |
| 50.5 | Leist. nach anderen Gesetzen und sonstige Kosten im Sozialbereich | 95.000 | 125.000 | 165.000 | 171.000 |
| 31 | Bürgerservice | 64.700 | 44.700 | 44.700 | 44.700 |
| 32.1 | Straßenverkehr und Gewerbe | 230.500 | 230.500 | 230.500 | 230.500 |
| 32.2 | Umweltschutz und Wasser | 17.900 | 17.900 | 17.900 | 17.900 |
| 61.1 | Planung | 12.000 | 12.000 | 12.000 | 12.000 |
| 61.2 | Bauordnung | 41.300 | 41.300 | 41.300 | 41.300 |
| 69 | Verkehrsmanagement | 165.500 | 234.500 | 234.500 | 234.500 |
| PK | Personalkosten | 430.000 | 430.000 | 930.000 | 1.430.000 |
| AD | Allgemeine Deckungsmittel | 5.651.600 | 2.369.700 | 1.609.700 | 1.909.700 |
| AG | Allgemeines Grundvermögen | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 |
| BüM | Budgetübergreifende Maßnahmen | 606.500 | 1.268.000 | 2.022.000 | 14.772.000 |
| | gesamt | 9.596.100 | 9.307.600 | 10.382.100 | 24.888.100 |

V. Gegenüberstellung der Fehlbedarfe mit den Einsparvorgaben

Im Sinne des § 43 Abs. 1 KV hat die Aufsichtsbehörde mit der Genehmigung zum Haushalt 2006 die Landeshauptstadt Schwerin aufgefordert, bis zum 15. Dezember 2006 ein von der Stadtvertretung beschlossenes Haushaltskonsolidierungskonzept vorzulegen. Dieses muss den Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2010 nachweisen. Haushaltsausgleich bezieht sich hierbei sowohl auf den jahresbezogenen Fehlbedarf als auch auf die bisher aufgelaufenen Fehlbeiträge. Die finanziellen Verbesserungen aus den vorgenannten Maßnahmen wirken sich gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung (Mifrfifi) wie folgt auf die einzelnen Haushaltsjahre aus:

a) Darstellung des strukturellen Defizits

| Bezeichnung | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|--|-------------------|--------------------|--------------------|-----------------|
| | in € | in € | in € | in € |
| jahresbezogener Fehlbedarf * | 18.726.300 | 29.982.000 | 21.464.600 | 25.553.900 |
| Summe aller Maßnahmen | -9.596.100 | -9.307.600 | -10.382.100 | -24.888.100 |
| Strukturelles Defizit (-), Überschuss (+) | -9.130.200 | -20.674.400 | -11.082.500 | -665.800 |

* Im Haushaltsansatz 2007 sind **einmalige** Ausgaben veranschlagt, die bisher auch in der Mifrfifi für 2008 ff. enthalten sind. In der vorstehenden Tabelle wurden aus diesem Grunde Bereinigungen gegenüber der Mifrfifi aus dem Haushaltsplan vorgenommen: im Haushaltsjahr 2008 die Ausgaben für den Tag der deutschen Einheit (78.900 €), im Haushaltsplan 2009 und 2010 darüber hinaus Ausgaben für das NKHR-Projekt (80.000 €) und ämterübergreifende Fortbildung (Teilbetrag für die Umsetzung TVöD 50.000 €). Darüber hinaus wurden im Jahr 2007 Anpassungen hinsichtlich der Gewerbesteuereinnahmen berücksichtigt.

Mithin wäre selbst bei Einhaltung eines strikten Konsolidierungskurses und bei ansonsten gleich bleibenden Bedingungen ein Abbau des strukturellen Defizits bis zum Jahr 2010 nur bedingt möglich.

b) Betrachtung unter Einbeziehung der Altfehlbeiträge

| Bezeichnung | 2007 in € | 2008 in € | 2009 in € | 2010 in € |
|--|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| jahresbezogener Fehlbedarf | 18.726.300 | 29.982.000 | 21.464.600 | 25.553.900 |
| Altfehlbetrag ⁷ | 40.331.100 | 19.780.200 | 49.461.300 | 40.454.600 |
| Gesamtfehlbedarf | 59.057.400 | 49.762.200 | 70.925.900 | 66.008.500 |
| Summe aller Maßnahmen | -9.596.100 | -9.307.600 | -10.382.100 | -24.888.100 |
| verbleibender Fehlbedarf (-) bzw. Überschuss (+) nach Haushalts- konsolidierung | -49.461.300 | -40.454.600 | -60.543.800 | -41.120.400 |

⁷ Der Altfehlbetrag aus 2005 i.H.v. 45.566.400 € verringert sich durch eine zweckgebundene Schlüsselzuweisung zur Abdeckung des Altfehlbetrages (AFB) i.H.v. 4.135.300 € auf 41.431.100 €. Laut Information des Finanzministeriums ist weiterhin davon auszugehen, dass mit dem Entwurf des Nachtragshaushaltes weitere zweckgebundene Schlüsselzuweisungen zur Abdeckung des AFB i.H.v. ca. 1.100.000 € zu erwarten sind, wodurch sich der AFB 2007 auf 40.331.100 € reduziert.

Im Ergebnis lässt sich daraus ableiten, dass die in diesem Konzept enthaltenen Maßnahmen nicht ausreichen, um dem vom Gesetz und von der Aufsichtsbehörde geforderten Haushaltsausgleich bei Berücksichtigung der Altfehlbeträge auch nur nahe zu kommen. Vielmehr bedarf es nicht nur weiterer wesentlich gravierenderer Konsolidierungsbemühungen, um das in § 43 Abs. 2 KV genannte Ziel des Haushaltsausgleiches realisieren zu können. Notwendig sind vielmehr auch Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen (siehe unten).

VI. Ausgleich für die Wahrnehmung überregionaler Aufgaben bzw. oberzentraler Funktionen

Zu den vorgenannten Rahmenbedingungen zählt sicherlich eine Neugestaltung der Struktur der Finanzaufweisungen bzw. eine Belastungsverteilung in Bezug auf die Wahrnehmung überregionaler Aufgaben und oberzentraler Funktionen.

In diesem Zusammenhang werden von der Stadt Schwerin Leistungen erbracht, die weit über die Grenzen der Stadt hinaus Bedeutung haben.

Die damit verbundenen finanziellen Lasten werden allerdings im Wesentlichen von der Stadt getragen. Das übersteigt mittlerweile weit die finanzielle Leistungsfähigkeit Schwerins.

Die Aufrechterhaltung entsprechender Angebote ist mithin nur möglich, wenn die Finanzierung auch überörtlich einer Lösung zugeführt wird. Sei es im Rahmen der Leistungserbringung durch den künftigen Landkreis oder durch die Festlegung anderer Verteilungsschlüssel durch das Land.

Zu den entsprechenden Aufgaben zählen insbesondere das Mecklenburgische Staatstheater, der Zoo, das Volkskundemuseum oder die Sport- und Kongresshalle / Halle am Fernsehturm. Der Gesamtzuschussbedarf dieser Einrichtungen liegt zurzeit bei ca. 9,7 Mio. €.

Ohne eine Neugestaltung der entsprechenden finanziellen Lastentragung können die zurzeit damit verbundenen Ausgaben nicht als Gestaltungsraum für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung genutzt werden.

Auf Basis bereits gefasster Beschlüsse der Stadtvertretung Schwerins, der Prognosen in entsprechenden Wirtschaftsplänen und bei Berücksichtigung einer auch mittelfristig sicherlich zu leistenden Beteiligung Schwerins an entsprechenden Zuschüssen dürfte ein Reduzierungspotenzial in Höhe von bis zu sechs Mio. € durch Neugestaltung der Struktur der Finanzaufweisungen bzw. einer Belastungsverteilung auf umliegende kommunale Körperschaften anzusetzen sein.

Gegebenenfalls wäre das mit folgenden Auswirkungen auf das strukturelle Defizit verbunden:

| Bezeichnung | 2007 in € | 2008 in € | 2009 in € | 2010 in € |
|--|---------------------|----------------------|---------------------|---------------------|
| jahresbezogener Fehlbedarf | 12.726.300 | 23.982.000 | 15.464.600 | 19.553.900 |
| Summe aller Maßnahmen | -9.596.100 | -9.307.600 | -10.382.100 | -24.888.100 |
| Strukturelles Defizit (-), Überschuss (+) | (-)3.130.200 | (-)14.674.400 | (-)5.082.500 | (+)5.334.200 |

VII. Abbau der Altfehlbeträge durch Verkauf städtischen Vermögens

a) Vermögensverkauf

In Anbetracht des Volumens der aufgelaufenen Altfehlbeträge ist ein entsprechender Abbau selbst bei Schaffung der unter VI. genannten Rahmenbedingungen kurz- bis mittelfristig nicht mehr mit herkömmlichen Mitteln zu realisieren. Damit läuft die Landeshauptstadt Schwerin zum einen Gefahr, einen im Lichte der Vorgaben der Kommunalverfassung rechtswidrigen Zustand zu zementieren. Zum anderen werden auf diese Weise auf Jahre bzw. Jahrzehnte Handlungsmöglichkeiten beschnitten, was insbesondere auch in Bezug auf Investitionen mit dramatischen Folgen verbunden ist (siehe oben).

Eine Handlungsoption ist die Veräußerung städtischen Vermögens bzw. die Realisierung von Privatisierungserlösen. Im Vordergrund steht dabei der Verkauf von Vermögen, welches in städtischen Betrieben und Gesellschaften bewirtschaftet wird. Konkret denkbar wäre dabei der Verkauf von Wohnungsbestand. Neben dem Ziel des Abbaus von Altfehlbeträgen kommt dabei auch dem Aspekt der Risikominimierung in Bezug auf die wirtschaftliche Tätigkeit entsprechender Betriebe und Gesellschaften besondere Bedeutung zu.

Erste Angebotseinholungen haben ergeben, dass bei einem Verkauf städtischen Wohnungsbestandes erhebliche Einnahmen zu erzielen wären. Auch bei der Aufnahme eines Gesellschafters bzw. bei einer Minderheitsbeteiligung in Bezug auf die WGS GmbH könnten die Voraussetzungen geschaffen werden, neben der notwendigen Kapitalverstärkung einen Abbau der Altfehlbeträge zu realisieren.

Entsprechende Vermögensveräußerungen werden zurzeit in Verwaltungs- und Vertretungsgremien diskutiert. Die gegebenenfalls einzuleitenden Schritte und mithin auch Auswirkungen auf den städtischen Haushalt stehen unter dem Vorbehalt weiterer Erörterungen und Entscheidungen durch die Stadtvertretung.

b) Sanierungskonzept

Selbst bei Einsatz entsprechender Beträge aus einem Vermögensverkauf liefe die Stadt Gefahr, mittelfristig wiederum steigende jahresbezogene Defizite aufzubauen.

Ein Vermögensverkauf in oben genannten Dimensionen soll daher mit einem qualifizierten Sanierungskonzept für den "Konzern Stadt" gekoppelt werden. Das beinhaltet zum einen Konzeptionen für die nachhaltige Konsolidierung aller städtischen Betriebe und Gesellschaften.

Zum anderen bezieht sich das aber auch auf originäre Verwaltungsaufgaben. Ein entsprechendes Sanierungskonzept sollte demnach Investitionen zulassen, die zur nachhaltigen Modernisierung eingesetzt werden. Dazu zählen:

- Investitionsmaßnahmen, um die Ver- und Entsorgungskosten zu senken,
- Investitionen in die IT- und insbesondere die Serverlandschaft,
- externe Beratung zur Konsolidierung der Budgets 49 (1 – 4) und 50 (1 – 5) unter Einbindung ausgewiesener Fachleute,
- Schließung von Standorten und Einrichtungen,
- effizientere und effektivere Aufgabenwahrnehmung durch Prozessoptimierung
- etc.

Ohne einen entsprechenden Vermögensverkauf besteht keine belastbare Perspektive zum Abbau der Altfehlbeträge innerhalb des in diesem Konzept dargestellten Finanzplanungszeitraumes.

Bei Aufrechterhaltung der Vorgaben des Innenministeriums in Bezug auf das Erreichen eines (vollständigen) Haushaltsausgleiches bis 2010 wäre ohne die Schaffung der unter VI. genannten Rahmenbedingungen mithin das Einleiten der Schließung von Einrichtungen, die überregionale Aufgaben bzw. oberzentrale Funktionen wahrnehmen, bzw. die vollständige Streichung entsprechender Zuschüsse notwendige Konsequenz. Gekoppelt werden müsste ein entsprechendes Vorgehen mit Eckwertevorgaben im Rahmen der Budgetierung, welche zum Inhalt haben, den Gesamtfehlbedarf fortlaufend in Höhe von mindestens zwei Mio. € jährlich zu senken.

Bei gleichzeitiger Einhaltung eines strikten Konsolidierungskurses und unter der Voraussetzung, dass die in diesem Konzept genannten Handlungsoptionen sich zumindest im Wesentlichen als belastbar bzw. realisierbar erweisen, wäre ein Haushaltsausgleich – inkl. des Abbaus der Altfehlbeträge – selbst dann jedoch frühestens bis zum Jahr **2030** realisierbar.

VIII. Konsolidierungshinweise vom Landesrechnungshof

Neben den hier dargestellten Handlungsmöglichkeiten erwartet die Landeshauptstadt Schwerin weitere wichtige Hinweise zur Konsolidierung vom Landesrechnungshof. Dieser prüft seit September 2006 die Haushaltswirtschaft der Stadt. Schwerpunkt der Prüfung hierbei ist die Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt. Der Entwurf des Prüfberichtes wird voraussichtlich im März 2007 vorliegen.

Entsprechende Ergebnisse sollen - sofern nicht schon verarbeitet - unterjährig in entsprechende Maßnahmen münden.